

Die „Kreuzzeitung“ erscheint täglich morgens und nachmittags Sonntag und Feiertagen ausgenommen. Der Verkaufspreis beträgt bei ihrer Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen 70 Pf., im Voraus zahlbar. Für Vorkauf sind besondere Festsetzungen entgegen. Unter Erschließung bezogen für Ausland, Fernpost, das Euro und Fernverkehr sowie die früheren deutschen Gebiete Ostens und Erziehung 10 Pf. für das übrige Ausland 10 Pf. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 60

Die gesteuerte Komposition über deren Namen steht 1. — M. einschließlich Interaktion. Klein-Kapital Das eingedruckte Wort 2. — M. des weiteren Wort 1.50 M. einschließlich Interaktion. Verkauf: Einzeln um 10 Pf., Familien-Kapital und Stellen-Gebühren 2.75 M. netto pro Seite. Stellen-Gebühren in Wort-Kapital: das eingedruckte Wort 1.50 M. des weiteren Wort 1. — M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

STREIF

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Wo treiben wir hin?

Gefährliches Zaudern

In einem Aufsatz, den die „Kreuzzeitung“ über die „Krisis“ bringt, finden sich Feststellungen, denen wir ohne weiteres zustimmen können. So schreibt das Blatt u. a.:

Nicht nur das Erscheinen der Reparationskommission hat zu dem Herannahen der Katastrophe beigetragen, sondern vor allem die ganze wirtschaftliche und finanzielle Lage hat sich in den letzten Wochen so katastrophal gestaltet. Die Teuerung macht rasende Fortschritte. Es steht zu befürchten, daß die eben erst gewährten Gehalts- und Lohn-erhöhungen wieder durch neue abgelehnt werden. Rohstoffe werden bei dem Tiefstand der Welt aus dem Ausland überhaupt nicht mehr zu beschaffen sein. Wenn also die Vorräte aufgebraucht sind, steht auch der Stillstand vieler Fabriken mit allen seinen Folgen in Aussicht.

Das deutsch-nationale Organ findet es erklärlich, daß auf dem so geschaffenen Boden eine neue Revolutionsstimmung heraufwache. Auch darin geben wir ihm recht, und nicht minder sind wir geneigt, ihm beizupflichten, wenn es der Regierung vorwirft, daß sie nicht ohne Schuld an dieser Entwicklung der Dinge sei. Nur gehen freilich unsere Ansichten gegen die Regierung von wesentlich anderen Voraussetzungen aus, als die der „Kreuzzeitung“. Wir finden nicht wie diese die Wurzel des gegenwärtigen Übels in dem christlichen Bestreben, den Forderungen des Ultimatum zu entsprechen. Wir sind im Gegenteil der Überzeugung, daß die Lage des deutschen Volkes noch viel trauriger wäre, wenn die deutsche Politik sich nach den Vorschlägen der Helferei und Genossen orientiert hätte, aber wir verurteilen das Zaudern des Kabinetts nicht bei der Ergründung von Maßnahmen, die von innen heraus eine Besserung der Situation herbeiführen könnten.

Man erinnere sich nur daran, wie ungebührlich die Be-steuerung des Devisenhandels verschleppt worden ist. Hätte sie unmittelbar nach der Unterzeichnung des Londoner Ulti-matum eingeleitet, so wären manche Ausschreitungen der Spekulation verhindert worden. Die Gestaltung des Börsengeschäfts in der letzten Woche beweist das.

Welt wichtiger jedoch ist das Versagen auf steuerlichem Gebiet. Vorlagen sind eingebracht, die das innere und äußere

Defizit bei weitem nicht decken. Die Unmöglichkeit, mit ihrer Hilfe den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, drückt auf den Kurs der Mark. Die Notwendigkeit, die ständig wachsenden Bedürfnisse des Staates immer wieder mit Papiergeld zu befriedigen, entwertet unser Geld noch mehr. Die Preise steigen ins Ungemessene, und der Ausverkauf, der ebenso auf die Panikstimmung der deutschen Konsumenten wie auf das Drängen der Ausländer nach billigen Waren zurückgeht, läßt immer mehr Gegenstände fast völlig vom Markt verschwinden.

Längst wäre es notwendig gewesen, die sofortige Durchführung einer Reihe von steuerlichen Notgesetzen zu betreiben, durch die der Fehlbetrag im Staatshaushalt zum mindesten stark verringert werden könnte. Längst hätte man vor allem die Goldwerte der Industrie zur Erfüllung unserer Verpflichtungen heranziehen müssen. Statt dessen läßt man den Steuerauschuß die General-debatte über die Finanzvorlage eröffnen, als ob wir unter durch-aus normalen Verhältnissen lebten. Statt dessen verliert man die kostbare Zeit in Verhandlungen mit den hinterhältigen Vertretern des Reichsverbandes der Industriellen.

Auf welchem Punkte halten diese Besprechungen überhaupt? Das erste Angebot ist abgelehnt, weil seine Bedingungen dem Kabinetts unerträglich erschienen. Ein zweites ist gemacht worden, von dem wir nur durch unkontrollierbare Andeutungen in der Presse etwas wissen. Seine Einzelheiten sind uns nicht bekannt, und nun wird eben durch die Stinnesche Telegraphen-Union, die kürzlich versicherte, es habe sich an den alten Bedingun-gen nichts geändert, die verdächtige Nachricht verbreitet, daß sich beide Teile, Regierung sowohl wie Industrie, zum Stillschweigen über seinen Inhalt verpflichtet hätten. Es wird also hinter den Kulissen weiter getuschelt, und solange diese Vertraulichkeit anhält, ist natürlich kein Gedanke daran, daß irgend etwas Ernst-haftes geschieht, um das Großkapital zum Zahlen zu zwingen.

Wozu die Regierung nicht, wie sie an der Nase herumgeführt wird, und erkennt sie nicht die Gefahren, die ihr Zögern in sich birgt? Der unheilvollen wirtschaftlichen Entwicklung wird kein Einhalt getan. Die Unruhe der Massen wächst. Es wird immer schwerer werden, sie an unbesonnenen Schritten zu hindern, und wenn es tatsächlich Elemente geben sollte, die törichte Putzsch-ingenieren möchten, so ist die Politik des unschlüssigen Abwartens ihre beste Bundesgenossin.

wägungen von dieser Linie abgewichen wird. Die Unabhängige Sozialdemokratie wird jedenfalls diese gerade Linie einhalten und sich von ihr weder nach rechts noch nach links abdrängen lassen.

Es lebe der Partikularismus

Bayerische Angriffe gegen Raddbruch Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 21. November. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ nehmen zu der Reichs-tagrede des Reichsjustizministers Raddbruch über den Strafvollzug in Bayern Stellung und schreiben dazu:

„Vermutlich sind es auch noch andere als politische Gründe, die Herrn Raddbruch zur Vorsicht mahnen. Von Bayern darf er ge-trost sein, daß nichts von all dem, was er glaubt, ankündigen zu wollen, jemals geschehen wird. Der alleräußerste Widerstand für derartige Ueb-griffe wird sofort einsehen und von der breitesten Front der Bevölkerung getragen sein.“

Zur Erklärung des Reichsjustizministers Raddbruch über die Gefangenenanstalt Niederschönenfeld, bemerkt die „Bayerische Staatszeitung“: „Es wird die dringende Aufgabe der bayerischen Staatsregierung sein, in Berlin unmißverständlich zum Ausdruck zu bringen, daß die bayerische Regierung bei allem Bestreben, mit der Reichsregierung im besten Einvernehmen zu bleiben, an ihrer Jurisdiktion nicht rütteln läßt. Diese Vorkommnisse sind nach der Reihe des Ministerpräsidenten um so auffälliger, als jetzt auch nach der Reichstag einen Aus-schuß einsetzte, der die unhaltbaren Zustände in den Strafanstalten untersuchen soll. Es wird auch hier die Aufgabe der Landes-regierungen sein, darüber zu wachen, daß die Tätigkeit dieses Ausschusses nicht in die Verwaltungshoheit der Länder eingreift.“

Die Heher „beurlauben“ sich

Aus der Deutschnationalen Volkspartei wird der „Süddeutschen Demokratischen Korrespondenz“ mitgeteilt, daß sich der bekannte nationalistiche Heher Oberst von Kplander von seiner politi-schen Tätigkeit zu Studienzwecken „beurlauben“ ließ. Manche eingeweihte Kreise behaupten, daß dieser Urlaub auch darauf zurückzuführen sei, daß Kplander allmählich auch der Deutsch-nationalen Volkspartei unangehehm zu werden beginne. Jedenfalls bedeute, so meint die „Südd. Demok. Korr.“, die Aus-schaltung Kplanders für das politische Leben Bayerns einen Ge-winn. Vor wenigen Tagen habe auch der Vorsitzende der Bape-ri-schen Mittelpartei (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) in Augsburg, Oberstleutnant von Schleich seine Parteiamter niedergelegt und sich vom Parteilieben zurückgezogen.

Der „neue Kurs“ in Sowjet-Rußland

II

Mit furchtbarer Deutlichkeit legt Lenin jetzt dar, daß in Rußland noch alle Voraussetzungen des proletarischen Sozialismus fehlen, vor allem seine erste Voraussetzung, die Existenz eines modernen Proletariats. In seiner Rede auf dem Kongreß der „Organisation für politische Aufklärung“ sagte Lenin:

Es steht fest, daß, wenn der Kapitalismus gewinnen wird, mit ihm zugleich der industrielle Aufbau wachsen, das heißt das Proletariat sich verstärken wird. Die Kapitalisten werden zwar von unserer Politik ihren Gewinn gewinnen. Doch werden sie gleichzeitig das industrielle Proletariat schaffen, das bei uns in-folge des Krieges, der furchtbaren Vernichtung und Deklassierung aus seiner Klassenbahn entgleiste und als Proletariat zu existieren aufhörte. Als Proletariat wird die Klasse bezeichnet, welche mit der Produktion von Güterwerten in den Unternehmungen der großen kapitalistischen Industrie beschäftigt ist. Sofern die Fabriken und Betriebe stillgelegt sind, ist auch das Proletariat ver-schwunden. Zwar wurde seine Existenz noch formell anerkannt, aber sie wurzelte nicht in der Wirtschaft.

Wenn der Kapitalismus wieder hergestellt sein wird, wird logischerweise auch die Proletarierklasse wieder hergestellt sein, die ja mit der Produktion der Güterwerte, die für die Gesellschaft notwendig sind, beschäftigt ist. Sie wird sich dann nicht mehr mit dem Kettenhandel abgeben, nicht mehr mit der Erzeugung von Hundstößen zum Verkauf und sonstiger „Arbeit“ von der Art, die zwar nicht sehr nützlich ist, die aber durch den Verfall unserer Industrie notwendig bedingt wurde.

Und Lenin zieht daraus den Schluss: Neben euch werdet ihr die Kapitalisten finden und auch aus-ländische Kapitalisten und Konzessionäre, die Hunderte von Prozenten Gewinn heraus schlagen und sich bei euch bereichern werden. Mögen sie sich bereichern! Ihr sollt aber bei ihnen wirtschafte lernen, und erst dann werdet ihr imstande sein, die kom-munistische Republik anzubauen!

Es ist das Bekenntnis, daß Rußland erst durch den Kapitalismus hindurchgehen muß, um die Voraussetzungen einer wirklichen sozialistischen Revolution, die Existenz eines hin-reichend zahlreichen und hinreichend geschulten Proletariats zu entwickeln. Es ist das Bekenntnis, daß das objektive Resultat der russischen Revolution nichts anderes sein kann als die Entwicklung des russischen Kapitalis-mus auf der durch die Revolution verbreiterten und von den feudalen Fesseln befreiten Bauernbasis. Damit erkennt die Diktatur sich selbst als eine Phase einer bürger-lichen Revolution. Die kommunistische Ideologie ist zerstört. Die „Phrasen und Einbildungen“ sind zerrissen. Die Realität der russischen Revolution ist in ihrem „neuen Kurs“ sichtbar geworden.

Die reale Praxis des „neuen Kurses“ ist der Wiederaufbau einer kapitalistischen Wirt-schaft. Aber den Wiederaufbau des Kapitalismus glaubt er vollziehen zu können unter der „Diktatur des Proleta-riats“. Das ist immer noch Illusion, immer noch Utopie. Im Herbst 1917 waren es wirklich Proletarier-massen, die die Koalitionsregierung stürzten, die Kapitalisten aus den Betrieben verjagten, die Ernte in den Dörfern mit bewaffneter Hand requirierten. In den vier Jahren der Sowjetherrschaft aber hat sich das Proletariat aufgelöst. Die besten Männer des Proletariats sind gefallen in den Schlachten des Bürgerkrieges oder sie sind zu Bureaufraßen in den Sowjetämtern, zu Soldaten der Roten Armee geworden. Die anderen wurden, wie es Lenin schildert, unter dem Druck der Not zu Schleichhändlern und Straß-verkäufern oder sie sind in das Dorf zurückgekehrt und haben sich dort auf dem Gutsherrn entrisenen Boden in die Bauern rückverwandelt. Die in den Fabriken geblieben sind, sind längst keine gesellschaftliche Macht mehr. Welche Illusion, diese „Diktatur des Proletariats“, wo, wie Lenin sagt, „das industrielle Proletariat als Proletariat zu existieren aufhörte“, wo nach seinen Worten „das Proletariat verschwunden“ ist! Die kommunistische Parteidiktatur, im Herbst 1917 wirklich die politische Ausdrucksform der Diktatur des Proletariats, fügt sich jetzt, nach der Auflösung des Proletariats, auf keine kraftvolle Klasse der Gesellschaft mehr. Die Diktatur besteht trotzdem weiter. Aber ihr Bestand ist jetzt zum Hindernis der geschichtlichen Auf-gabe geworden, vor die nach ihrer eigenen Ueberzeugung Rußland jetzt gestellt ist. Im Herbst 1917 war die Diktatur notwendig; denn nur sie konnte die gewaltige Agrarrevolu-tion vollziehen, die feudalen Fesseln, an die der russische Bauer gekettet war, brechen. In den Jahren 1918 bis 1920 war die Diktatur notwendig; denn nur sie konnte die Kräfte des russischen Volkes zum Kampfe gegen die Konter-revolution zusammenschließen, nur sie den Bürgerkrieg siegreich durchkämpfen und dadurch die Errungenschaften der Agrar-revolution sichern. Jetzt aber steht Rußland vor einer ganz anderen Aufgabe. Der Wiederaufbau einer kapitalistischen Partei erfolgen. Der „neue Kurs“ in der Volkswirtschaft erheischt einen neuen Kurs in der Politik.

Der russische Bauer braucht Geräte, die russische Industrie Maschinen, die russischen Eisenbahnen brauchen Lokomotiven.

Die gerade Linie

Die rechtsstehende Presse will wieder einmal dem guten Läger Schaden einjagen. Da wird allerlei erzählt von bevor-stehenden kommunistischen Aktionen, Generalstreikplänen und Aufschubplänen. Wir haben gestern bereits gesagt, daß solche Eingelastungen, falls sie geplant sein sollten, nur schädlich wären und daß insbesondere die Unabhängige Sozialdemo-kratie sie nicht nur nicht unterstützen, sondern ihnen mit aller Schärfe entgegenzutreten würde. Aber auf der anderen Seite wäre es viel nütlicher, wenn die Herrschaften der großen Erzeugung, die in den breiten Massen unlesbar vorhanden ist, sehr ernste Be-achtung schenken würden. Sie täten gut daran, insbesondere nicht zu übersehen, daß die Teuerung in den letzten Wochen so rapide Fortschritte gemacht hat, daß man sich in Arbeiterfamilien wirklich nicht mehr Rat weiß. Anstatt aber endlich das Notwendige zu tun und die mächtigen Forderungen, die die Gewerkschaften und Parteien aufgestellt haben, zu erfüllen, läßt man noch ganz über-sichtlichsweise sich politischen Jähzorn anhäufen.

Wir veröffentlichen an anderer Stelle den Bericht des Genossen Rosenfeld über die Vorgänge in Dichtburg. Der Bericht zeigt sehr deutlich, daß bei frühzeitigem und geschicktem Eingreifen die Zuspitzung hätte vermieden werden können. Wenn die Er-zegung insbesondere auch in der Berliner Arbeiterkraft über die Behandlung der politischen Gefangenen so groß geworden ist, so gerade deshalb, weil bei der Beratung im Reichstag auf die sehr begreiflichen Gefühle der Arbeiterschaft keine Rücksicht genommen worden ist. Es war zum mindesten sehr ungeschickt, die Wahrung der Staatsautorität in diesem Momente in den Vordergrund zu rücken, anstatt der Forderung derjenigen Maßnahmen, die dann nach Einsetzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses er-griffen wurden. Deshalb hat der „Vorwärts“ auch vollständig unrecht, wenn er davon spricht, daß die Einigkeit des Proletariats von der Unabhängigen Sozialdemokratie gefährdet wurde, weil sie gegen die Ausführungen des Justizministers Stellung ge-nommen hätte. Der „Vorwärts“ weiß sehr wohl, daß nicht unser Eintreten für die politischen Gefangenen, sondern der Görlitzer Beschluß und seine Bewirkung in Preußen die schwerste Belastung für ein einiges proletarisches Vorgehen darstellt. Wenn der „Vorwärts“ in diesem Zusammenhang einzelne Partei-genossen persönlich angreift, so ist er es, der die Situation ver-schärft.

Es zeigt sich eben immer wieder, daß das so notwendige ge-schlossene Vorgehen des Proletariats sich nur verwirklichen läßt im Kampf um bestimmte, dem Klasseninteresse des Proletariats ent-sprechende Forderungen, wie es aber immer dann gescheht wird, wenn aus untergeordneten, augenblicklichen opportunistischen Er-

Wiedereingliederung in den Weltmarkt ist jetzt das zwingendste Bedürfnis. Aber sie fehlt Kapitalimport, und Kapitalimport legt Rechtschaffenheit voraus, die keine Diktatur gewährleisten kann. So ist die Diktatur, nachdem sie ihre große geschichtliche Funktion erfüllt hat, zum Hindernis der Entfaltung der Produktivkräfte der russischen Arbeit und des russischen Lebens geworden. Ihre Liquidation ist unvermeidlich. Aber diese Liquidation kann in verschiedener Weise erfolgen.

Es ist denkbar, daß die in Rußland herrschende Partei selbst, die geschichtliche Notwendigkeit erkennend, ihre Diktatur allmählich, friedlich abbaut, indem sie immer weitere Kreise der russischen Gesellschaft zur Teilnahme an der Macht heranzieht, indem sie die Hefen, in die der Terror die Gesellschaft schlägt, lockert, indem sie jene Rechtsbürgerchaften für die Anantastbarkeit der Person und des Eigentums wiederherstellt, ohne die kein bürgerlicher Staat, keine kapitalistische Wirtschaft bestehen können. Auch in diesem Falle könnte das schließliche Ergebnis der Revolution nichts anderes sein als eine bürgerliche Demokratie. Aber in diesem Falle könnte doch ein großer Teil der russischen Industrie nationalisiert bleiben, könnte sich das Proletariat wesentliche soziale Errungenschaften der Revolution erhalten und könnten wesentliche Elemente der Sowjetverfassung in die entstehende Demokratie übergehen. Die russische Demokratie würde so wesentliche, leistungsfähige Elemente einer sozialistischen Weiterentwicklung enthalten. Rußland würde eine Stütze der proletarisch-demokratischen Entwicklung in aller Welt bleiben.

Wenn sich aber der russische Bolschewismus an seine Allseiner Herrschaft klammert, wenn er sich nicht rechtzeitig zu friedlichem Umbau des Sowjetregimes entschließt, dann wird auch sein „neuer Kurs“ an den Schranken, die die Diktatur dem Kapitalimport setzt, scheitern. Dann geht Rußland einer Wirtschaftskatastrophe entgegen, in der hungernde verzweifelte Volksmassen die Diktatur stürzen werden. Aus dem Chaos, das der Diktatur Erbe sein wird, wird dann die blutige Konterrevolution hervorgehen, die nicht nur die russischen Arbeiter aller revolutionären Errungenschaften berauben, sondern auch der internationalen Konterrevolution starken Antrieb und mächtige Stütze geben wird.

Es ist das Lebensinteresse des russischen, des internationalen Proletariats, daß die unvermeidliche Liquidation der Diktatur durch friedlichen Umbau, nicht durch gewaltsamen Sturz des Sowjetregimes vollzogen werde. Darum müssen wir vorerst die Sowjetrepublik gegen alle konterrevolutionäre Bedrohung unterstützen. Deshalb führt der sozialdemokratische Kontrollausschuß des Wiener Arbeiterrates einen mühevollen, jähen, wirksamen Kampf gegen den Waffenschmuggel nach Polen und Rumänien. Deshalb hat die sozialdemokratische Arbeiterschaft in ganz Deutschösterreich von ihrem kargen Lohn so große Beträge für die Bekämpfung der russischen Hungerkatastrophe geopfert. Diese Pflichten der internationalen Solidarität mit der russischen Revolution hat die sozialdemokratische Arbeiterschaft Deutschösterreichs wahrlich besser erfüllt als die kommunistischen Parteien aller Länder.

Aber unsere Solidarität mit der großen russischen Revolution erlegt uns noch eine andere Pflicht auf: die Pflicht, mit allen geistigen Waffen, über die wir verfügen, diejenigen Kräfte innerhalb der russischen Revolution zu unterstützen, die die Sowjetregierung zu jener rechtzeitig freiwilligen Liquidation der Diktatur drängen, durch die allein ihr gewaltsamer Sturz verhütet werden kann. Wägen die Kommunisten jeden einen Verräter schelten, der mit den Waffen der Marx'schen Geschichtsanalyse den Sinn der russischen Tragödie zu erforschen bemüht ist! Wägen sie sich auch jetzt noch finklich-gläubig an die „Phrasen und Einbildungen“ klammern, die die Realität der russischen Revolution schon zerrissen hat! Wir glauben der russischen Revolution einen besseren Dienst zu erweisen, wenn wir ihr so eindringlich, als wir es vermögen, raten, den dem „neuen Kurs“ innewohnenden Widerspruch zwischen Realität und Illusion, zwischen ökonomischer Notwendigkeit und politischer Herrschaftsform zu lösen, ehe er in furchtbare Explosion alle Errungenschaften der Revolution vernichtet.

Und damit erfüllen wir zugleich auch unsere Pflicht gegenüber dem internationalen Proletariat. Die kommunistische Ideologie der russischen Revolution hat breiten Proletariatsmassen aller Länder ihren wirklichen ökonomischen und sozialen Inhalt, den Inhalt einer bürgerlichen Revolution, verdeckt. Dieser Irrtum hat in allen Ländern das Proletariat gespalten, in vielen Ländern breite Proletariatschichten auf gefährliche Irrwege verlockt. Wir müssen hinter dem Schein der kommunistischen Ideologie die Realität der bürgerlichen Revolution aufdecken, um das Proletariat von diesem irreführenden Mißverständnis zu befreien. Denn die Methoden der plebejisch-diktatorischen Entwicklungsphase einer bürgerlichen Revolution können nicht die Methoden der proletarischen, der sozialistischen Revolution sein.

Bauernfang

Die Deutschnationale Volkspartei hat im Reichstage folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, die Regierung mit der schleunigen Vorlage einer Denkschrift zu beauftragen, in der die gesetzgeberischen Möglichkeiten zur Herbeiführung der Beteiligung der Angehörigen und Arbeiter am Besitz und Ertrage der in Gesellschaftsform betriebenen Unternehmungen dargestellt werden, wobei die Verhandlungen des diesjährigen Deutschen Juristentages zu verwerten sind.

Insbesondere ist in dieser Denkschrift Stellung zu nehmen zu folgenden Fragen:

Einführung eines Bezugsrechtes der Angestellten und Arbeiter in privatwirtschaftlichen Unternehmungen auf neu herausgegebene Geschäftsanteile aller Art zu Bedingungen, die diese Bezugsberechtigten gegenüber anderen nicht benachteiligen und ihren besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen;

Erleichterung und Regelung der Ausübung solcher Bezugsrechte durch Vereinigungen der Arbeitnehmer (Werkgemeinschaften, gewerkschaftliche Betriebsgruppen);

Ausarbeitung von Musterstatuten für solche Beteiligung und etwa weitergehendes freiwilliges Beitrittigen der Arbeitnehmer unter Vermittlung starrer Schadloshaltung;

Mitbestimmung der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterchaft an gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen;

Vertretung der beteiligten Arbeitnehmer und Arbeitnehmervereinigungen in Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlungen.

Eine besondere Parteireklame ist nicht denkbar. Wäre dieser Antrag schon darum, weil er erkennen läßt, daß die Deutschnationalen immer noch nicht die Hoffnung aufgegeben haben, es könnte sich ein nennenswerter Teil der Arbeiter-

Für die Milderung des Strafvollzugs!

Dauerlösung im Landtag

Zu Beginn der gestrigen Sitzung des Preussischen Landtags stellten die Kommunisten den Antrag, in die Besprechung über die Anträge und großen Anträge einzutreten, die sich auf die Lage der politischen Gefangenen und den Hungerstreik in Lichtenburg beziehen. Das Justizministerium hatte vorher erklärt, daß es nicht in der Lage sei, sofort der Besprechung beizuhelfen zu können. Darauf stellten die Kommunisten den Antrag, die Besprechung unter allen Umständen vorzunehmen. Das Haus müsse in die Beratungen der anderen Gogenstände eintreten und dann um 7 Uhr zu den Interpellationen Stellung nehmen. Die Mehrheit des Hauses war mit diesem Vorschlag einverstanden.

Um 7 Uhr begann der kommunistische Abgeordnete Menzel aus Halle seine Rede über die Zustände in den Gefängnissen. Menzel hatte vom preussischen Justizminister die Erlaubnis bekommen, die Gefängnisse besuchen zu dürfen und sich um die Lage der politischen Gefangenen zu kümmern. Er trug aus der Fülle des von ihm gesammelten Materials eine ganze Reihe von Fällen vor, die auf das Haus ihren Eindruck nicht verfehlten. Menzel wies darauf hin, daß die Ernährung in den Gefängnissen und die Behandlung der Gefangenen durchaus unmöglich, teilweise sogar barbarisch ist. Den Gefangenen wird in vielen Fällen nicht erlaubt, eine Zeitung zu halten. Die Ernährung ist durchaus unzureichend, Lebensmittelpakete dürfen nicht in ausreichendem Maße geschickt werden. Die Erleichterung im Strafvollzug, die der preussische Justizminister bei Besprechung des Justizetats vor einigen Monaten in Aussicht gestellt hatte, sind nicht durchgeführt worden, sie wurden in der Hauptsache von den unteren Organen sabotiert.

Menzel, der äußerst sachlich sprach und sich keine ausfälligen Redewendungen erlaubte, sprach etwa zwei Stunden. Die Rede machte auf das Haus einen starken Eindruck. Leider wurde dieser Eindruck verwischt, als nach Menzel die Regierungsvertreter das Wort ergriffen. Sie wurden durch die Kommunisten andauernd unterbrochen und am Reden zu verhindern versucht. Obgleich auch die Regierungsvertreter sich keine ausfälligen Redewendungen zuschulden kommen ließen, wurden sie von den Kommunisten in den schlimmsten Schimpfwörtern überhäuft. Die Rechte des Hauses, aber auch die anderen bürgerlichen Parteien hatten an diesem Spiel ihre helle Freude.

Nachdem drei Regierungsvertreter gesprochen hatten, griff der Abgeordnete Ruttner das Wort, der gleichfalls scharfe Anklagen gegen die Justiz erhob. Für eine allgemeine Amnestie konnte er

schaft für ihre politischen Zwecke einfangen lassen. Wäre es er ferner darum, weil die Arbeiter und Angestellten hier mit einer Sache gefördert werden sollen, die sie längst und wiederholt hohnlachend abgewiesen haben. Neu und besonders reizend ist die „Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an gemischtwirtschaftlichen Betrieben“. Damit soll die Idee der Verhößerung der Gemeinde- und Staatsbetriebe an die neuen Reichen in der Arbeiterschaft populär gemacht werden. Dieses deutsch-nationale Lumpenpad lauft alles und glaubt, es könne auch die Arbeiter und Angestellten kaufen. Es täuscht sich indes, und wir möchten diesen Leuten raten, die politische Moral der Arbeiterklasse nicht mit jenen Maßstäben zu messen, die sie ihrer eigenen Lumpigkeit entnehmen.

Wählereien der Spiritusinteressenten

Der 15. Ausschuh des Reichstags hat die Beratung über das Brennweinmonopol ausgenommen und in den ersten drei Sitzungen bereits bewiesen, daß alle Interessentengruppen des Brennereigewerbes alle Macht einbringen, um aus dem Brennweinmonopolgesetzentwurf alle diejenigen Paragraphen auszumergen oder umzuändern, die der Landwirtschaft nicht belegen, die deren Ausbeutungsmöglichkeiten beschränken. In der Kommission wurde bisher besonders über die §§ 11 und 22 debattiert. Sie sind von einschneidender Bedeutung. Der § 11 behandelt die Zusammenlegung des Bezirats der Reichsmonopolverwaltung. Der Bezirk ist in der heutigen Zusammensetzung eine reine Interessentenvertretung der Brennindustrie. Die Vertreter der Unabhängigen Partei versuchten dem Bezirk eine Form zu geben, durch die den Verbrauchern und dem Reichstage ein größerer Einfluß eingeräumt wird. Sie beantragten, 12 Mitglieder des Reichstags in den Bezirk zu delegieren und den Rest aus den Kreisen der Fabrikanten und Verbraucher zu nehmen, um so im Verein mit den Verbrauchern eine Majorität für die Konsumenten zu schaffen. Der Antrag der Unabhängigen Partei, der von den Genossen Puchta und Cratz vertreten wurde, fand bei den übrigen Kommissionsmitgliedern keine Gegenrede. Es blieb also bei der bisherigen Zusammenlegung, bei der von 30 Mitgliedern der Reichstag nur durch fünf vertreten ist. Das einzige Zugeständnis, das erreicht werden konnte, war, daß zwei Arbeitervertreter und ein Angestelltenvertreter mit in den Bezirk berufen werden.

Wie weit die Forderungen der Rechten gehen, ersehen man daraus, daß man neben dem Brennereigewerbe und der Landwirtschaft auf Antrag Erlaub. (Ztr.) noch einen Wirt in den Bezirk hineinbrachten wollte. Der Unterausschuß, der diesbezüglich eingehend worden war, hat nach langen Beratungen diesen Antrag allerdings abgelehnt. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß er in der zweiten Lesung wieder aufgenommen wird.

Die Beratung des § 22 zollte eine ausgedehnte Debatte, da die Brennereibehrer, vertreten durch die Agrarierhäuptlings Dietrich und Röhde, alle Klünen verhindern ließen, um die Fabrikation von technischen Spiritus zu verhindern. Die Herren verurteilten die Spiritusfabrikation als Monopol der Landwirtschaft zu sichern.

Nach dem Gange der bisherigen Verhandlungen kann man schon ersehen, daß der Geheimentwurf in der Form, die er im Ausschuh erhalten wird, für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei jedenfalls unannehmbar sein wird.

Die Reparationskommission in Paris

Paris, 21. November.

Wie der „Temps“ mitteilt, wird der französische Delegierte und Vorsitzende der Reparationskommission, Louis Dubois, heute nachmittag von Millerand und dem zeitweiligen Ministerpräsidenten Sonnelay empfangen. Er wird ihnen die Ergebnisse der Mission der Reparationskommission in Berlin auseinandersetzen. Der „Temps“ glaubt zu wissen, daß entgegen anderen Nachrichten die Mitglieder der Reparationskommission darüber einig gewesen seien, von Deutschland die Regelung der nächstfolgenden beiden Zahlungen am 15. Januar und 15. Februar in vollem Umfange und zum festgesetzten Tage zu verlangen. Jede Diskussion mit der deutschen Regierung darüber und über die Möglichkeit einer Revision des Zahlungsstatus nach Ablauf der beiden Fälligkeitstage sei abgelehnt worden. Unter den Mitgliedern der Kommission möge es gewisse Meinungs-

sich aber nicht einsehen, weil schwer festzustellen sei, wo der gemeine Verbrecher anfängt und wo er aufhört. Diejenigen Gefangenen, die aus rein politischen Motiven gehandelt hätten, müßten unbedingt in weitgehender Weise begnadigt werden. Die Kommunisten ermahnte er, nicht immer wieder von neuem mit Resolutionen und Forderungen hervorzutreten. Dadurch lieferten die Kommunisten den Gegnern nur die Argumente, die Gefangenen festzuhalten. Außerdem wäre es sehr wertvoll für die Kommunisten, wenn sie nicht bloß in Deutschland an die Menschlichkeit appellierten, sondern diesen Appell auch an die russische Regierung richteten. In den russischen Gefängnissen schmachteten Hunderte und aber Hunderte von sozialistischen Arbeitern, die sich schon während der zaristischen Herrschaft für die Sache des Sozialismus große Verdienste erworben hätten. Ruttner wies ferner darauf hin, daß der Strafvollzug gegen politische Gefangene in der mildesten Weise gehandhabt werden müsse.

Gegen 11 Uhr nachts ergreift der Zentrumsgesandte Schmitt das Wort. Er ist Gefängnisgelehrter. Er hält eine von starkem sozialem Empfinden getragene Rede und tritt gleichfalls für eine Milderung des Strafvollzugs ein. Ebenfalls legt er sich dafür ein, daß die politischen Gefangenen anders behandelt werden müßten, wie gemeine Verbrecher. Die Verhandlungen gehen weiter. Das Haus hat die Absicht, die Sitzung bis über Mitternacht hinaus auszudehnen.

Ein Antrag der U.S.P.

Die Unabhängige Landtagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen:

1. Auf die Reichsregierung einzuwirken, sofort den Entwurf eines neuen Gesetzes vorzulegen durch das alle vor Gericht des Reichs schwebenden Strafverfahren wegen revolutionärer Handlungen niedergeschlagen und alle wegen revolutionärer Handlungen verurteilten Personen amnestiert werden.

2. Die Strafvollstreckung gegen sämtliche in preussischen Strafanklagen wegen solcher revolutionärer Handlungen inhaftierten Personen sofort und zwar zunächst auf die Zeit von vier Monaten zu unterbrechen.

3. Personen, die wegen revolutionärer Handlungen durch Gerichte des Freistaats Breußen verurteilt sind den Rest ihrer Strafe zu erlassen und sofort in Freiheit zu setzen. Auch schwebende Strafverfahren sind niederzulassen.

4. Der Lebensunterhalt der hiernach logisch aus der Lichtenburger Strafanstalt zu entlassenen Gefangenen ist zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit aus Staatsmitteln zu bestreiten und zur Deckung der Kosten ist ein entsprechender Gesetzentwurf dem Landtag zu unterbreiten.

verschiedenheiten über das einzuschlagende Verfahren gegeben haben, über die Sache selbst habe es ebensowenig Meinungsverschiedenheiten gegeben wie über die Prinzipien. Nachdem so — schließt der „Temps“ — die am 15. Januar und 15. Februar fälligen Beiträge gesichert seien, werde die deutsche Regierung mehr Zeit haben, über langfristige Anleihen im Auslande zu verhandeln und die deutschen Finanzen zu sanieren.

Englands Bereitwilligkeit

Annahme des amerikanischen Flottenprogramms

London, 21. November.

Der Sonderberichterstatter des Reuterschen Bureaus aus der Washingtoner Konferenz meldet: Von maßgebender Seite wird mitgeteilt, daß Großbritannien vorbehaltlos das amerikanische Flottenprogramm angenommen hat. Während die britische Delegation von Plan als Games wegen ihres Wunschens, eine Abänderung betreffend die U-Boote und die Ersatzbauten vorzuschlagen, nur im Prinzip angenommen hat, hat die Delegation das vorgeschlagene Verhältnis der Großkampfflottenstärke für Großbritannien, Japan und die Vereinigten Staaten ungeteilt und gutgeheißen. Dies wird nach einer Konferenz zwischen Staatssekretär Hughes, Balfour und Admiral Kato bekannt.

Die gestrige Vollziehung in Washington

Eine Rede Briands

Paris, 21. November.

Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet aus Washington: In der heutigen Vollziehung der Konferenz erklärte Staatssekretär Hughes u. a.: die Vereinigten Staaten legten sich Rechenschaft ab von den Schwierigkeiten und Ansichten anderer Länder und seien bereit, sich vor jeder Rücksicht auf die nationale Sicherheit zu bogen.

Alsdann ergriß Briand das Wort: Nachdem er seinen Kollegen gedankt hatte, daß sie dem Vertreter Frankreichs gesantoren, die Lage seines Landes vor den Augen der gesamten Welt in ihrer wirklichen Gestalt zu zeigen, erklärte er, Frankreich sei mehr als jedes Land geneigt, der Welt einen endgültigen Frieden zu sichern. Er wäre extrem, wenn er sagen könnte, wir sind unsere Sicherheit in uns selbst, wir legen die Waffen nieder und wir sind glücklich, dadurch, daß wir diese Tat unternehmen, zur Wiederherstellung des endgültigen Friedens beitragen zu können.

Unglücklicherweise können wir das nicht, fuhr Briand fort, unglücklicherweise haben wir dazu nicht das Recht. Ich werde die augenblickliche Lage Frankreichs erläutern. Um Frieden zu schließen, muß man zu zweien sein. Man muß den Nachbarn betrachten. Es genügt nicht, daß man das Kriegsmaterial vermindert, denn es gibt eine andere Möglichkeit, die man nicht vernachlässigen darf und die vital ist für den Frieden. Es ist notwendig, daß im Lande eine Atmosphäre des Friedens herrscht. Die Entwaffnung muß nicht nur materiell, sondern auch moralisch erfolgen, und ich hoffe, bemerken zu können, daß in dem Europa, wie es augenblicklich ist, noch ernste Gemüthsregungen vorhanden sind. Es bestehen noch Bedingungen, die Frankreich verpflichten, sie im Interesse seiner Sicherheit in Betracht zu ziehen. — Briand spricht fort.

Die Befegung des Burgenlandes

Wien, 21. November.

Die Wiener Blätter veröffentlichen Anschauungen der Bürgermeister sowie anderer Funktionäre der Städte des Burgenlandes, in denen diese ihrer Genugtuung über die Befegung des Burgenlandes durch österreichische Bundesstruppen Ausdruck geben. Die Haltung der Bundesstruppen wird uneingeschränkt gelobt und überall ist man erfreut über die Befegung von der furchtbaren Bandenverwilderung, unter der das Land erhorrentlich gelitten hat. Andererseits herrscht aber auch ein lebhaftes Interesse für die möglichst baldige Herstellung regelmäßiger wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn. Im Dobruhaer Bezirk dauert die terroristische ungarische Abstimmungspropaganda trotz des Verbots der Dobruhaer Generalkommission an. Die Generalkommission hat nicht um dagegen einzuschreiten.

Das Zuchthaus in Lichtenburg

Der Bericht der Untersuchungskommission

Auf Grund des Beschlusses des Reichstages vom 19. d. M. begaben wir uns gestern mit dem vom Reichstag eingesetzten Untersuchungsausschuss nach Lichtenburg. Das dortige Zuchthaus ist eine große Strafanstalt, die mit mehr als 700 Gefangenen besetzt ist. Sie liegt weit ab von den großen Verkehrsstrahlen zwischen Wittenberg und Torgau. Dede und fast von außen, die und fast im Innern, ist die Luft nur zu sehr geeignet, den Besucher mit Schauern zu erfüllen. Auf den weiten Höfen des Zuchthauses steht nicht ein einziger Baum! Moderne Reformideen scheitern noch nicht bis nach Lichtenburg gedungen zu sein.

In diesem Milieu mag die Verzweiflung nur zu leicht die Unglücklichen ergreifen, die dort auf Jahre, auf Jahrzehnte, auf Lebenszeit untergebracht sind. Die politischen Gefangenen, durchweg Männer, die sich an der kommunistischen Märzaktion in Mitteldeutschland beteiligt haben, hatten bis vor kurzem immer noch die Hoffnung auf eine Amnestie. Als sie am Sonnabend, den 12. d. M., erfuhren, daß der Reichsausschuss des Reichstages die Amnestie (gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten) abgelehnt hatte, verzweifeln sie völlig. 130 Gefangene beschloßen, in den Hungerstreik zu treten, und führten diesen Beschluß durch. Wir haben alle Verhafteten sprechen können. Nicht ein einziger hatte eine Klage über Behandlung, Verpflegung oder Unterbringung. Alle hatten „nur“ die eine Beschwerde: Die Gerichte hätten sie zu schlecht behandelt, hätten die Klassenjustiz gar zu erbarmungslos gegen sie angewendet. Die Parole der Hungerstreikenden, die uns von vielen Gefangenen zugerufen wurde, war: Freiheit oder Tod!

130 Gefangene sind in den Hungerstreik getreten. 31 waren bereits vor unserem Eintreffen in Lichtenburg in das Haupt- und Hilfsgefängnis Torgau gebracht worden. Von den in Lichtenburg Zurückgebliebenen hatten zwei Drittel den Hungerstreik aufgegeben. Etwa 30 hielten weiter aus. Ein stilles Heldentum! Bewundernswert jene Männer, die trotz aller Bemühungen der Behörden, der Geistlichen und der Ärzte immer wieder die Aufnahme des Essens verweigerten! Ein Beispiel an Opfermut für die gesamte Arbeiterklasse!

In Lebensgefahr war anscheinend niemand von den Gefangenen. Das ärztliche Mitglied des Untersuchungsausschusses, Abg. Grothmann (S. P. D.) hat dies festgestellt. Die Streikenden waren zum Teil allerdings stark geschwächt. Über jeder, den wir sprachen, war in der Lage, zusammenhängend und ohne Schwierigkeit seine Situation zu schildern und seine Sache zu vertreten. Schmutzlos und einfach war ihre Rede. Im so ergreifend wirkte, wie uns schien, selbst auf das am weitesten rechtsstehende Mitglied des Untersuchungsausschusses, das itaurige Los der Gefangenen.

Wir sprachen Gefangene, die lediglich wegen ihrer Teilnahme am offenen Kampf, wegen Requirieren von Lebensmitteln und Geld für die „Rote Armee“ auf Jahre ins Zuchthaus gesteckt worden sind. Die meisten Gefangenen waren unbekannt, bis sie das Zuchthausurteil traf. Unerhört, daß man gegen solche Männer die Allgemein als entsetzend empfundene Strafe des Zuchthauses schickte und sie damit auf eine Stufe mit gemeinen Verbrechern gestellt hat.

Bezeichnend war, daß in den Klagen der meisten dieser „Schwerverbrecher“ vor allem die Sorge um Frau und Kind eine Rolle spielte. Diese Sorge nach im Zuchthaus zeigt am besten den edlen Charakter dieser Männer.

Nach den Berichten der Gefängnisbeamten waren die politischen Gefangenen zunächst in zwei großen, durch eine offene Tür verbundenen Sälen untergebracht. Die während des Zusammenstehens der Gefangenen in diesen Sälen unternommenen Versuche, sie vom Hungerstreik abzubringen, waren vergeblich. Die Gefangenen hielten fest, wie die Verwallung annahm, infolge des Verzors einzelner. Man trat daher dem Gedanken näher, die Gefangenen von einander zu trennen, trotz Vorbereitungen für die Aufnahme eines Teiles der Gefangenen in Torgau und ging daran, die Trennung durchzuführen. Man suchte besonders tüchtige und erfahrene Gefängnisbeamte aus und ordnete an, daß kein Beamter verlassen darf sich führen und niemand geschlagen werden dürfe. Es gelang dann am Sonnabend, wie man uns berichtete, in aller Ruhe, etwa 30 Gefangene nach Torgau zu überführen und die übrigen Gefangenen, teils zu drei und vier, teils (im Lazarett) zu fünfzehn, in Lichtenburg unterzubringen. Nach Mitteilung der Gefängnisverwaltung soll beim Abtransport aus Lichtenburg der von der kommunistischen Partei entsandte Artz Dr. Rauber dabei gewesen und sich davon überzeugt haben, daß die nach Torgau Überführten mit der Verlegung einverstanden waren.

Der Hungerstreik war ein Akt der Verzweiflung. Und in der Tat kann der heutige Straf Vollzug verzweifeln machen. Kein Hoffnungstraht dringt bis ins Zuchthaus. Die preußische Justizverwaltung verbietet kommunistische Zeitungen überhaupt und läßt andere Zeitungen nur zu, nachdem sie zensuriert sind. Wenn eine Zeitung Angriffe auf die Regierung enthält, werden solche Artikel herausgenommen. Daß so mißhandelte Zeitungen erst recht Erregung unter die Gefangenen bringen scheint einer weissen Justizverwaltung nicht bekannt zu sein. Als Genosse Rosenfeld den Gefangenen Exemplare der „Freiheit“ mit dem Bericht über den Reichstagsverhandlung am letzten Sonnabend (die Besprechung des Hungerstreiks) ausshändigte, erhob der Vertreter der preußischen Justizverwaltung Einspruch und ließ die Verteilung der Zeitungen nicht zu. Genosse Rosenfeld mußte die Zeitungen dem Gefängnisdirektor zur Zensur übergeben.

Läßt der Straf Vollzug auch viel zu wünschen übrig: der Hungerstreik der politischen Gefangenen richtet sich nicht in erster Linie gegen den Straf Vollzug, sondern gegen die Klassenjustiz, gegen die Naturteile der Ausnahmegerichte, gegen die Verbrechen des Reichstages, welche die Amnestie ablehnte, und gegen die erbarmungslose Klassenjustiz, welche die Frauen und Kinder politischer Gefangener hungern läßt.

Der Untersuchungsausschuss wird die Urteile nachprüfen, und wir wollen hoffen, daß diese Revision zu einer Freilassung der politischen Gefangenen führt.

Die Arbeiterklasse aller Richtungen darf nicht erlahmen in ihrem Interesse für die „Zuchthäuser“. Es handelt sich um Kämpfer, die für die große Sache des Proletariats Opfer gebracht haben und weitere Opfer zu bringen bereit sind. Sie entbehren die Freiheit bereits acht Monate. Sie haben genug gelitten, und sie haben durch ihren heldenhaften Hungerstreik gezeigt, daß sie bereit sind, ihr Leben von neuem zu opfern, die einen für die andern und alle für die Befreiung der kapitalistischen Gesellschaft.

Die Parole der hungernden Gefangenen ist: Freiheit oder Tod! Diese Parole muß Wiederhall finden in der gesamten deutschen Arbeiterklasse. Sorge die Klassenbewußte deutsche Arbeiterklasse dafür, daß der Druck auf die Regierung so verstärkt wird, daß den politischen Gefangenen nicht der Tod hinter Kerlern, sondern die Freiheit zuteil wird!

Berlin, den 21. Novemb.: 1921.

Joseph Herzfeld, Kurt Rosenfeld.

Der ärztliche Befund

Nach dem Bericht des Prof. Dr. Grothmann im „Vorwärts“ entsprach der Gesundheitszustand der einzelnen Gefangenen nicht entfernt dem grauenvollen Einzelheiten, die man in kommunistischen Zeitungen lesen konnte. Von den Hungernden hätten am Sonntag bereits mehr als die Hälfte zu essen bekommen; als ernstlich gefährdet habe sich keiner erwiesen. Prof. Dr. Grothmann schreibt aber weiter:

Trotzdem mußte Anblick und diskrete Befragung doch zu einem Gefühl des tiefsten Mitleides mit diesen Gefangenen zwingen, und zwar weniger mit ihrem augenblicklichen gesundheitlichen Zustande, als vielmehr mit der traurigen Lage, in welche diese Unglücklichen, die mit fastem Mittel nach fastem Ziele strebten, hineingeraten sind. Trotz Strahlungsangst machen sie durchweg den Eindruck einfacher ordentlicher Leute, die es nicht fassen können, daß sie dafür, daß sie Revolution machten, wie sie es verstanden, oder auch nur dafür, daß sie nicht auswichen, als die Kameraden Solidarität an falscher Stelle von ihnen verlangten, Jahr um Jahr im Zuchthaus sitzen sollen. Um ihrer selbst willen, nicht des Hungerstreiks wegen, muß über kurz oder lang die Nachprüfung der gefällten Urteile wiederholt und durch Begnadigung die Strafe dieser Verurteilten, Handwerker, Familienväter und Jungburschen abgeklärt werden. Da diese Frage sich von der Beurteilung der Zustände in unseren Strafanstalten nicht trennen läßt, wird sich der Reichstagsauschuss in seinen nächsten Sitzungen auch hiermit beschäftigen.

Rolle in den Deutschen Werken

Am gestrigen Montagmorgen 9 Uhr erschien General Rollet in Begleitung seines Stabes in den Werken Spandau und Havelhorst der Deutschen Werke A.-G., um sich persönlich zu orientieren. Die Besuche beider Werke im Bezirk mit einem Vertreter des Zentralbetriebsrats gaben Herrn Rollet und seinem Gefolge Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, daß die von den Deutschen Werken erhobenen Beschwerden in allen Teilen voll berechtigt sind. Herr Rollet erklärte zum Schluß, daß er irgendeine Entscheidung nicht treffen könne, sondern daß hierzu allein der Vorkommiserrat berechtigt ist.

General Rollet wird am Mittwoch in Erfurt eintreffen, um das Werk Erfurt zu besichtigen und eine Abordnung der Belegschaft empfangen.

Der Kampf um die Reichsbahnen

Die Gegenwehr des Reichsverkehrsministeriums - Eine Schrift des Eisenbahnerverbandes - Die Miswirtschaft Breitenbachs und ihre Folgen - Was gedenkt Herr Groener zu tun?

Das Reichsverkehrsministerium wendet sich in wiederholten Publikationen gegen die Entstaatlichung des Eisenbahnbetriebes. In einer kurzgefaßten Darstellung, die der Minister Groener an die Presse veröffentlichen läßt, legt er die Stellungnahme des Reichsverkehrsministeriums zu dieser Frage dar. Es wird auch in dieser Schrift wieder ausgeführt, die

Hauptursachen für die gewaltigen Preissteigerungen

der Reichseisenbahn seien einmal die den Betriebsapparat belastenden Folgen des Krieges, dann das Zurückbleiben des Betriebes hinter dem Umfang, für den die persönlichen und sachlichen Kräfte bereitgestellt werden müssen und nicht zuletzt die auch heute noch ungenügende Anpassung der Tarife an die Geldwertveränderung. Die Frage aber, ob die Reichseisenbahn trotz dieser mißlichen Erbschaft der ihr gestellten Aufgabe gerecht werden kann, sei auf Grund der bisherigen Erfahrungen zu bejahen. Schreibt der Reichsverkehrsminister, wenn auch die Schwierigkeit der Lösung nicht verkannt werden sollte.

Der Zustand der Bahnanlagen und der Betriebsmittel hat sich seit Kriegsende in lebhaftem Fortschritt gebessert. Vor allem hebt Groener hervor, daß sich

der Arbeitswille des Personals

gehoben habe. Auch könne niemand behaupten, daß das Personal zu hoch bezahlt sei. Unmittelbar nach dem Waffenstillstand sei bei der Eisenbahn infolge der Demobilisierung eine Ueberfüllung mit Arbeitskräften eingetreten. Der heutige Bestand an Personal sei aber bereits wieder um 50 000 Köpfe niedriger, als im Jahre 1919.

Es geschieht zum ersten Male, daß die Steigerung des Arbeitswillens des Eisenbahnerpersonals von dieser Seite in so offener Weise anerkannt wird. Wenn man aber im Reichsverkehrsministerium diese Einsicht gewonnen hat, dann soll man sich hüten, den Arbeitswillen des Personals wieder zu schwächen durch ein beständiges Wackeln am Lichtfundament. Man sollte vielmehr überlegen, ob nicht gerade der Lichtfundament, namentlich in den vollbeschäftigten Betriebswerkstätten, wesentlich zur

Erhöhung der Leistung

der einzelnen Arbeitskräfte beigetragen hat. Auch Groener erinnert an das bevorstehende Arbeitszeitgesetz, zu dem wir uns schon sehr ausführlich geäußert haben, und ermahnt von ihm, daß es eine „gerechtere und wirtschaftlichere Verwertung des Personals des Weg ebener“ werde, allerdings unter grundsätzlicher Wahrung des Lichtfundamentes. Auch Oberverwaltungsrat Homberger geht in einer eben erschienenen offiziellen Denkschrift über die wirtschaftliche Lage der deutschen Reichseisenbahn auf die Wirkung der Arbeitszeit in der gleichen Weise ein. Der Hinweis der beiden maßgebenden Beamten auf das Arbeitszeitgesetz läßt aber immerhin erkennen, daß die Eisenbahnbehörde keine besondere Aktion gegen den Lichtfundament plant, sondern gemißt ist, die allgemeine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit abzuwarten und sich ihr unterzuzugehen. Bei dieser Regelung werden natürlich die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien ein gewichtiges Wort mitzureden haben.

Für den Einfluß der Versonspolizei der Reichseisenbahn auf die Höhe des Defizits sind einige andere Bemerkungen Hombergers von Wichtigkeit. Sie zeigen wieder einmal deutlich, daß die persönlichen Ausgaben

in viel geringerem Maße gewachsen sind, als die sachlichen. Die persönlichen Ausgaben betragen 1913 60,87 Prozent der Betriebsausgaben, während die sachlichen Ausgaben in diesem Jahre nur 39,13 Prozent betragen. Jetzt ist das Verhältnis folgendes: Nach dem Haushalt 1921 betragen die persönlichen Ausgaben 52,7 Prozent, die sachlichen Ausgaben 47,3 Prozent. Das Verhältnis ist also erheblich zugunsten der persönlichen Ausgaben verschoben worden. Die erheblich größere Steigerung liegt bei den sachlichen Ausgaben und sie ist, wie Homberger schreibt, zurückzuführen auf die Steigerung der Marktpreise aller Rohstoffe und Fertigfabrikate.

Sie ist aber auch noch auf andere Umstände zurückzuführen. Darüber gibt eine umfangreiche Schrift Auskunft, die eben vom

Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes

herausgegeben wird. Sie beschäftigt sich mit den „Ursachen des Mißstandes der Reichseisenbahn im Jahre 1921“. Wir entnehmen dieser im gegenwärtigen Augenblick besonders wichtigen Darstellung nur einige Tatsachen, die jene Ursachen für die gewaltige Steigerung der sachlichen Ausgaben der Reichseisenbahn drastisch beleuchten. Im vierten Kapitel der Schrift wird festgestellt, daß die Einrichtungen der Betriebswerkstätten den Anforderungen in keiner Weise gerecht werden konnten, die bei Kriegsende an sie gestellt wurden. Der alte preußische Eisenbahnschlus unter Breitenbach hat nie eine

Gestern nachmittag um 3 Uhr wurden von der interalliierten Militärkommission in Paris unter Vorsitz des Generals Wegand die deutschen Sachverständigen, Direktor Dr. Funke von den Deutschen Werken und Ministerialrat Schaefer vom Reichschatamt, in der Frage der Deutschen Werke empfangen.

Kleine Nachrichten

Wiederwahl der badischen Regierung. Der badische Landtag hat heute mit 38 von 81 abgegebenen Stimmen die bisherigen Minister wiedergewählt. Zum Staatspräsidenten wurde der Abg. Hummel (Dem.) gewählt, zum Stellvertreter Staatspräsidenten der Abg. Trunk (Ztr.).

Verbot der Regimentsvereine im besetzten Gebiet. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete teilt mit: Die Rheinlandkommission hat laut Schreiben vom 19. d. M. beschlossen, im besetzten Gebiet die sogenannten Regimentsvereine zu verbieten, weil sie die Sicherheit gefährden, und ordnet ihre Auflösung an.

Zeitungsverbot. Die „Schwäbische Tageszeitung“ in Stuttgart ist wegen Verächtlichmachung der Reichsregierung auf die Dauer von acht Tagen verboten worden.

Die Kinokatastrophe in Harburg. Von den bei der Katastrophe im Harburger Welt-Kino ums Leben gekommenen Kindern waren 11 Knaben, das zwölfte ein Mädchen. Die Kinder standen im Alter von 3 bis 14 Jahren. Die Wächterin des Kinos, eine Frau Schaffrin aus Hamburg, ihr Mann und der Kinovorführer wurden festgenommen. Eine Gerichtskommission beauftragte die Unglücksstätte.

Der Aufstand in der Ukraine. Die Sowjetregierung teilt offiziell mit: Die in der Auslandspresse erschienene Nachricht über Erfolge der Peisjurabanden in der Ukraine und über die Einnahme von Kiew durch diese ist vollständig aus der Luft gegriffen. Die Peisjurabanden sind teils zerstreut, teils über die Grenze zurückgedrängt. Die Rote Armee steht an der Grenze der Sowjetrepublik.

Karl und Jita in Jundak. Karl und Jita sind an Bord des „Cariff“ in Jundak eingetroffen. Das Schiff wurde bei seiner Ankunft im Hafen von dem englischen Konsul und den portugiesischen Behörden begrüßt. Eine große Menschenmenge wählte der Landung schmelzend bei. Karl und Jita begaben sich sofort im Auto in die Villa Victoria.

Hand für ihre Modernisierung gerührt. Als nach Kriegsende die Aufgaben dieser Betriebswerkstätten infolge des Raubbaues an Material während des Krieges sich gewaltig steigerten, da war es nach der übereinstimmenden Meinung aller einsichtigen Beurteiler dem Personal auch „bei dem besten Willen und bei noch nie dagewesener Arbeitszeit“ unmöglich, aus den Werkstätten mehr herauszuholen, „solange für eine Steigerung der Arbeitsleistung die notwendigen Voraussetzungen fehlten.“

Die Unzulänglichkeit und Unfähigkeit der Eisenbahnerwerkstätten zwang nach dem Zusammenbruch die Eisenbahnerverwaltung, einen großen Teil der ausbesserungsbedürftigen Lokomotiven, Lokomotivessel und Wagen an eine ganze Reihe von Privatwerken abzugeben. In welcher Weise die Eisenbahnerverwaltung von der privaten Industrie hierbei abgeportiert worden ist, ist hinlänglich bekannt. Insbesondere trifft das auf die Lokomotiven und Lokomotivessel zu, die nicht nur ungeheure Kosten verursachten, sondern in vielen Fällen zeitraubende und kostspielige Nacharbeiten in den Betriebswerkstätten verlangten.

Wie diese Dinge im einzelnen ausgefallen haben, dafür einige Beispiele aus dem Jahre 1918, die wir ebenfalls der Schrift des Deutschen Eisenbahnerverbandes entnehmen.

In der Hauptwerkstätte zu Wittenberge mußte die Schnellausbesserung der Güterwagen auf Freigeleisen vorgenommen werden. Bei ungünstiger Witterung ging die Leistung der betreffenden Arbeitergruppen natürlich stark zurück. Es mußte eine Schuckhalle gebaut werden, die 300 000 Mark kostete. Auch auf dem Gelände der Hauptwerkstätte Grunewald mußten Schnellausbesserungen an Güterwagen ebenfalls im Freien ausgeführt werden. Eine Halle, die hier nötig wurde, kostete 271 000 M.

Nach dem Lokomotivbestand des Eisenbahndirektionsbezirks Rassel schloß dort schon früher 40 Stände für Reifelausbesserungen. Infolge des gesteigerten Bedarfs an Reparaturarbeiten mußte in Göttingen eine Reifelschmiede eingerichtet werden, die 1 207 000 Mark kostete. Aus ähnlichen Gründen, nämlich infolge der Unzulänglichkeit der vor dem Kriege eingerichteten Anlagen, mußte auf dem Bahnhofsplatz ein Lokomotivschuppen eingerichtet werden, dessen Kosten sich auf 2 350 000 Mark beliefen.

Und so geht es weiter. Beispiele dieser Art sind in der Schrift des Eisenbahnerverbandes in außerordentlich großer Zahl enthalten, und wir empfehlen allen Interessenten, vor allem auch den stillen Schreiberlesern der bürgerlichen Presse, das ernsthafteste Studium dieser außerordentlich wichtigen Schrift.

Das sind die Gründe dafür, daß

die Tarifierhöhungen

bei der Eisenbahn auch jetzt noch nicht ihr Ende erreicht haben dürften. Groener erklärt in seiner bereits erwähnten Darstellung, bis jetzt seien die Eisenbahntarife erheblich weniger geringen als die Preise für alle Waren. Die deutsche Volkswirtschaft wird sich daran gewöhnen müssen, daß die Teuerungswelle jetzt rascher und einschneidender als bisher durch Tarifierhöhungen aufgefangen werden. Und schließlich erklärt Groener:

„Unter der Voraussetzung, daß es gelingt, weiteren Ausgabeerhöhungen zu begegnen, wird der Haushaltplan für 1923 durchgeführt werden können, indem die Ausgaben durch die Einnahmen ausgeglichen sind, das Defizit also beseitigt ist. Das Reichsverkehrsministerium ist davon überzeugt, daß auch ein privatwirtschaftliches Unternehmen im wesentlichen nicht anders vorgehen würde.“

Groener will diese Voraussetzung für die geordnete Durchführung des Eisenbahnbetriebs - neben den Tarifierhöhungen - schaffen durch höhere Wirtschaft, Steigerung der Arbeitsleistungen, weiteren Abbau des Personals und schließlich durch eine größere kaufmännische Effektivität des Betriebes.

Wir erwarten, daß die Eisenbahnbehörde ihr Hauptaugenmerk auf diesen letzten Punkt richtet. Hier ist im wesentlichen der Hebel anzusetzen. Der bürokratische Schamatismus hat kaum männlichen Geist zu weichen, an die Stelle der harten Disziplinwirtschaft des Sozialismus muß eine

härttere Heranziehung der Arbeiter- und Beamtenvereinigungen

treten. Wir erwarten ferner, daß der Reichsverkehrsminister alle seine Maßnahmen im Einzelnen mit den Organisationen der Arbeiter und Beamten trifft, denn nur dann kann er auf die Unterstützung durch das Personal und wohl auch auf eine weitere Steigerung der Arbeitsleistung und der Arbeitsfreudigkeit rechnen. Verharrt er bei dieser Stille, die ein ehrliches Bündnis mit den Arbeitern und Beamten ihm geben könnte, nicht, dann wird sich die Gesellschaft der Schieber und Schieberer um Simeon mit der Zeit stärker erheben als er, und er wird in seinem Kampfe gegen die Privatfinanzierung der Reichsbahn schließlich doch unterliegen.

Warenverteilungsstelle des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes

Abteilung Gewerkschafts-Kommission Berlin und Umgegend

Infolge des großen Andrangs und der damit verbundenen Aufräumungsarbeiten, sehen wir uns leider veranlaßt, vom **Mittwoch, den 23. November ab** unsere Verteilungsstellen von 12 bis 3 Uhr mittags bis auf weiteres zu schließen

Theater u. Vergnügungen

Volkstheater
11. u. 12. Ubr: **Maffie Menich**
Neues Volkstheater
11. Ubr: **Kofe Fernb**

Staatstheater
11. Ubr: **Walter**
12. Ubr: **Walter**
13. Ubr: **Walter**

Deutsches Theater
11. Ubr: **Louis Friedland**
12. Ubr: **Louis Friedland**

Stammertheater
11. Ubr: **Wer Scherke**

Großes Schauspielhaus
11. Ubr: **Die Götze von Berlichingen**

Wallner-Theater
Täglich 7.30 Ubr
Nixchen

Theater 1. u. 2.
11. Ubr: **Midalla**
12. Ubr: **Manon Lescaut**
13. Ubr: **Manon Lescaut**

Romödienhaus
11. Ubr: **Die Fahrt ins Blaue**

Berliner Theater
Abends 7.30 Ubr:
Prinzessin Olala

Kristi Wassara
11. Ubr: **Kristi Wassara**

Romische Oper
11. Ubr: **Die große Kinsichtungs-Operette**
12. Ubr: **Der Herr der Welt**

Trionon-Theater
Täglich 7. Ubr:
Die große Kinsichtungs-Operette

Residenz-Theater
11. Ubr: **Das weiße Land**

Alteines Theater
Täglich 7. Ubr:
11. Ubr: **Frl. Josefine - meine Frau**

Theater am Hollendorplatz
7 Ubr:
Die Ehe im Kreise

Waltha-Theater
11. Ubr:
Jung muß man sein

Theater des Ostens
7. Ubr:
Fidele Brüder

Theater a. Kottbuser Tor
Tel.: 16077
Tägl. 7. Ubr:
11. Ubr: **Die Sängers**
12. Ubr: **Die Sängers**

Casino-Theater
11. Ubr: **Der Weg zum Glück**

TI Sersallionen II
Hebronsstraße 64.
11 Ubr.

Apollontheater
Friedrichstraße 211
Unter populärer Leitung h. Komponisten
Paul Lincke
FRAU LUNA
Musiktheateroperette

Circus Busch
Tel. 7. Ubr. abends 8 Ubr.
Schwimmende Wasserbüffel
L. Inbitt, Wasserbüffel
11. Ubr: **Die Erlösung der Dürren**
12. Ubr: **Die Erlösung der Dürren**
13. Ubr: **Die Erlösung der Dürren**

Gold
Für alle Wertstoffe, höchste Ankaufserlöse für Gold, Silber, Platin, Schmuck, Uhren, Gegenstände, Teppiche, Bilder usw.
11. Ubr: **Gold**

Altmetalle
11. Ubr: **Altmetalle**

Soeben erschienen!



Opulenz
Josephine
von **Kleinmann**

Von **Hd. Jensen u. B. Lammann** / Buchschmuck d. **Dugo Cittel**
Halbleinen gebunden, der Titel in Dreifarbendruck
12. - Mark

Buchhandlung „Freiheit“ / Berlin C 2
Dreile Straße 6-9
Auch in allen Filialen der „Freiheit“ vorrätig

Henko
Henkel's Wasch- Bleich- Soda
unverwundlich für Wäsche und Hausarbeit
Hersteller **Henkel & Co. Düsseldorf**

Wolle! Pelzwaren
Krausstraße 111. - von 150. - Mth. an
Süßstraße 111. - von 125. - Mth. an
Süßstraße 111. - von 125. - Mth. an
Süßstraße 111. - von 125. - Mth. an

Kapitan Raufab
einmal erprobt - immer gelobt.
11. Ubr: **Kapitan Raufab**

Bandwurm
in Kopf verloren
nach 1 1/2 Stunden durch Mittel...
11. Ubr: **Bandwurm**

Billig
Röcke, Blusen, Kleider, Mäntel, Strickjacken, eleg. Ballkleider
STREHLOW
Traskowstr. 21 am Wörtherplatz.

Altmetalle
kauft zu Engrospreisen
11. Ubr: **Altmetalle**

Aitmetalle
unverwundliche Dreile
11. Ubr: **Aitmetalle**

Altmetalle
kauft zu hohen Preisen
11. Ubr: **Altmetalle**

Alt-Edelmetalle
kauft wegen dringenden Bedarf
11. Ubr: **Alt-Edelmetalle**

Pfandscheine, Brillanten Gold, Silber (Bruch) Platin, Zahngesbisse
Zahn 10-150 Mark
Prismen-Feldstecher
Ankauf zum Auslandskurs
11. Ubr: **Pfandscheine**

Per sofort gesucht: Verkäuferinnen für Konfitüren
Meldungen in der Zeit von 11-12 Uhr vormittags und 5-7 Uhr nachmittags

Per sofort gesucht: Tüchtige Verkäuferinnen für die Abteilung Liberty
Meldungen in der Zeit von 11-12 Uhr vormittags und 5-7 Uhr nachmittags

Parzellen in Heiligensee
bei Ziegel-Preisen, sehr gut Boden, gering Anschl.
11. Ubr: **Parzellen**

Alt-Edelmetalle
kauft wegen dringenden Bedarf
11. Ubr: **Alt-Edelmetalle**

Per sofort gesucht: Verkäuferinnen für Konfitüren
Meldungen in der Zeit von 11-12 Uhr vormittags und 5-7 Uhr nachmittags

Per sofort gesucht: Tüchtige Verkäuferinnen für die Abteilung Liberty
Meldungen in der Zeit von 11-12 Uhr vormittags und 5-7 Uhr nachmittags

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Pflanzstr. 83-85
11. Ubr: **Deutscher Metallarbeiter-Verband**

Branchen-Versammlung der Graveure u. Ziseleure
11. Ubr: **Branchen-Versammlung**

Allg. Branchen-Versammlung der Klempner
11. Ubr: **Allg. Branchen-Versammlung**

Branchen-Versammlung der Bauanschläger
11. Ubr: **Branchen-Versammlung**

Branchen-Versammlung der Schnitarbeiter
11. Ubr: **Branchen-Versammlung**

Branchen-Versammlung der Metallarbeiter u. Polierer Groß-Berlins
11. Ubr: **Branchen-Versammlung**

Branchen-Versammlung der Betriebsohrleger u. Helfer
11. Ubr: **Branchen-Versammlung**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todes-Anzeige
11. Ubr: **Deutscher Metallarbeiter-Verband**

Bekanntmachung
11. Ubr: **Bekanntmachung**

Arztgesuch
11. Ubr: **Arztgesuch**

2 Ortsbeamte gesucht
11. Ubr: **2 Ortsbeamte gesucht**

Per sofort gesucht: Kontoristinnen
11. Ubr: **Per sofort gesucht: Kontoristinnen**

Die Lohnbewegung der städtischen Arbeiter

Die Arbeiterfrage in der Kommune

Von Stadtrat Schünning

Vor der Revolution bildeten die städtischen Arbeiter und Angestellten den düdksamsten Teil der Berliner Arbeiterschaft. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung beschäftigten sich nur gelegentlich mit Arbeiterfragen. Die Sozialdemokratische Partei vertrat mit aller Energie die Forderungen der Arbeiter und Angestellten. Die durch das Klassenwahlrecht garantierte bürgerliche Mehrheit aber lehnte die sozialistischen Forderungen ab, und die Arbeiter und Angestellten — fügten sich. Die Nachmittage, welche sich die übrige Arbeiterschaft durch starke wirtschaftliche und politische Organisation zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage geschaffen hatten, waren nicht vorhanden. Klassenbewußtsein und proletarisches Solidaritätsgefühl waren nur gering ausgeprägt. Alle Bemühungen der Gewerkschaften waren nicht erfolgreich genug, um den städtischen Arbeitern und Angestellten ein wesentliches Mitbestimmungsrecht zu sichern.

Dieser Mangel des Indifferentismus ist durch die Revolution gebrochen. Die Behandlung der Arbeiterfragen nimmt heute einen großen Raum ein. Neben einer besonderen Deputation beschäftigt sich eine ständige Magistratskommission mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Dazu kommen die Beratungen im Magistrat, der Stadtverordnetenversammlung und in besonderen Kommissionen. Bei der großen Anzahl der städtischen Arbeiter und Angestellten und der Bedeutung der Kommunalbetriebe für die Allgemeinheit ist dies durchaus begründet. Weniger verständlich ist, daß trotz alledem das Verhältnis zwischen Magistrat und dem städtischen Arbeiter und Angestellten so gespannt ist.

Der Magistrat ist sich seiner Pflicht gegenüber den städtischen Arbeitern und Angestellten durchaus bewußt. Wenn er die jeweils gestellten Forderungen nicht reflexlos erfüllen kann, so hat das seine Ursache bekanntlich in den schlechten städtischen Finanzen. Jede wesentliche Lohnveränderung bedingt neue Steuern und Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität. Der Magistrat muß bei seiner Lohnpolitik also Rücksicht auf die Verhältnisse der Allgemeinheit nehmen. Er kann, wenn er verantwortlich arbeiten will, keine Ausnahmen beschließen, ohne sich wiederum Einnahmequellen zu sichern. Würde er diesen Weg beschreiten, so würden gerade die städtischen Arbeiter und Angestellten die Folgen dieser unverantwortlichen Politik am schwersten treffen.

Man kann nicht den Kommunalbetrieb mit dem privatkapitalistischen Betrieb auf gleiche Stufe stellen. Der Privatkapitalist produziert, um Profit zu erzielen; wird er zu Lohnveränderungen gezwungen, so wägt er diese rücksichtslos auf die Konsumenten ab. Der Kommunalbetrieb hingegen dient nicht der Profitsteigerung, sondern den Interessen der Allgemeinheit. Er kann nicht rücksichtslos abwägen, sondern muß wiederum auf die Allgemeinheit und insbesondere auf die übrige arbeitende und arbeitslose Bevölkerung Rücksicht nehmen. Es ist sehr bequem, den Magistrat mit einem privatkapitalistischen Direktorium auf eine Stufe zu stellen, zengt aber von einer Verantwortungslosigkeit, die kaum noch zu überbieten ist.

Die ständige Streitigkeit muß durch gegenseitige Verständigung unter allen Umständen behoben werden.

Wollen wir die Kommunalbetriebe als solche halten und in der Kommunalisierung vorwärts marschieren, so müssen die Betriebe auch von wirklich sozialistischem Geist erfüllt sein. Die Kommunalbetriebe sind nicht um ihrer selbst willen vorhanden, sondern sie sollen den Interessen der Allgemeinheit dienen. Wer in einem Kommunalbetrieb beschäftigt ist, hat gegenüber der Allgemeinheit eine größere Verantwortung als derjenige, der in einem Privatbetriebe tätig ist. Ein erhöhtes Pflichtbewußtsein muß demnach die Voraussetzung zur Befähigung in einem Kommunalbetriebe sein. Werden diese Voraussetzungen erfüllt, so wäre auch die Wirtschaftlichkeit der Kommunalbetriebe gesichert. Leider ist dies nicht der Fall, und es ist durchaus falsch, die Unwirtschaftlichkeit

einseitig der bürokratischen Verwaltung zuzuschreiben. Neben einer Reorganisation der Verwaltung ist eine andere Einstellung der Belegschaften unbedingt erforderlich. Wenn dies geschieht, können die städtischen Betriebe sowohl mit ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen, als auch mit den sozialen Einrichtungen bahnbrechend wirken.

Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn die sozialistischen Parteien in Verbindung mit den Gewerkschaften sich von vornherein über Lohn- und Arbeitsfragen verständigen, damit an Stelle des gegeneinander-Ankämpfens sozialistische Erziehungsarbeit geleistet werden kann. Dies auszuspochen ist ein Gebot der Stunde.

Weiterführung der Lohnverhandlungen

Eine Korrespondenz meldet: Durch den Magistratsbeschluss vom Sonnabend abend sind die Verhandlungen zwischen der an die Stelle der Tarifdeputation getretenen Lohnkommission und den Gewerkschaften der städtischen Arbeitnehmer in ein neues Stadium getreten. Ohne Zweifel sind die Schwierigkeiten einer Verständigung größer geworden, doch ist zu hoffen, daß die Besprechungen zwischen Lohnrat und Magistrat ruhig weitergeführt werden. Bei den kommenden Besprechungen wird nicht nur die Lohnfrage allein, sondern der ganze Fragenkomplex des Reichsmanteltarifes für die kommunalen Arbeitnehmer behandelt werden.

Lohnforderungen und Gemeindefinanzen

Die Deckung der Mehrausgaben.

Während der Magistrat sich am Sonnabend auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Stadt Berlin, wenn sie zur Deckung der Lohnforderungen Reichshilfe in Anspruch nehmen will, dann auch verpflichtet ist, bei den Lohnforderungen der städtischen Arbeiter die Reichshilfe zugrunde zu legen, bleibt die städtische Arbeiterschaft bei der Forderung von 1000 Mark Wirtschaftshilfe und 250 Mark Zulage für jedes Kind bestehen. Wir haben wiederholt betont, daß die Forderungen der Arbeiter durch die Teuerungswelle selbstverständlich berechtigt sind, ja, durch die tägliche Steigerung der Preise täglich neue Berechtigungen erhalten. Trotzdem muß die Frage der Deckung aus dem Standpunkte der Arbeiter behandelt werden, denn es kann natürlich den städtischen Arbeitern nicht gleichgültig sein, woher die Mittel zur Befriedigung ihrer Lohnforderungen genommen werden.

Der Magistrat hat durch seinen von uns wiedergegebenen Beschluss zunächst eine Erhöhung der Werkstarife vorgeschlagen, die eine Befastigung der minderbemittelten Bevölkerung in so ungeheurem Ausmaße bringen würde, wie sie bis jetzt noch nicht versucht worden ist. Es ist kein Zweifel, daß bei erhöhten Produktionskosten der städtischen Werke auch die Preise für die Produkte erhöht werden müssen. Insofern ist es richtig, daß ein Teil der entstehenden Mehrausgaben durch Erhöhung der Tarife wird gedeckt werden müssen. Es ist aber einfach unmöglich, sowohl aus Rücksicht auf die arbeitende Bevölkerung Groß-Berlins als auch aus Rücksicht auf die Werke selbst und die ihnen drohende Konsumsbeschränkung, diese Tarifserhöhung in so großem Maße vorzunehmen, daß die gesamte Summe der Lohnforderungen gedeckt wird.

Ohne die Meinung zu vertreten, daß die ungeheure Finanznot der Gemeinde Berlin etwa durch Palliativmittel behoben werden könnte, muß in diesem Zusammenhange doch gesagt werden, daß die beabsichtigte Erhöhung der oberen Beamtengelder erhebliche Abstriche vertritt. Nun besteht ja leider die gesetzliche Verpflichtung für die Gemeinde, die Sätze der Reichsbesoldungsordnung zu übernehmen. Deshalb hat auch der Vertreter der Unabhängigen Kommunalpolitiker bei der Rundgebung des Städtetages betont, daß die Gemeinden bei der Gestaltung der Besoldungsordnung mitbestimmen müssen, denn sie haben finanziell unter der gegenwärtigen Besoldungsordnung am meisten zu leiden. Es muß auch der darauf berechtigte Protest der unteren und mittleren Beamten, der in der Versammlung in der Hofenstraße erhoben worden ist, bei der Gestaltung der Besoldungsordnung seinen Ausdruck finden.

Darüber hinaus aber verlangt die Frage eine entscheidende Neuregelung der Finanzverhältnisse zum Reich, Staat und Gemeinde das eine endgültige Lösung. Daß Berlin die Mittel, die zur Neuordnung der Gehälter für Arbeiter, Angestellte und Beamte auch nicht zu einem Bruchteil aus Eigenem aufbringen kann, hat sich bereits gezeigt. In dieser Finanzlage findet die Voraussetzung der U. S. P. D. von der Entwicklung der Gemeindefinanzen nach der reichsgeordneten Regelung, wie sie schon auf dem Städtetage in Stuttgart gemacht wurde, ihre volle Bestätigung. Es wird jetzt Aufgabe der sozialistischen Fraktionen sein, die großen Schichten der arbeitenden und minderbemittelten Bevölkerung vor einer allzu harten Belastung möglichst zu schützen und darauf zu drängen, daß durch die Erschließung neuer Steuerquellen, vor allem beim bestehenden Bürgerium, das aus der Teuerung und der Entwertung der Mark unglaublich hohe Gewinne schöpft, die Mittel für eine erträgliche Gestaltung der Löhne und Gehälter gewonnen werden.

Nach sechsstündigen Verhandlungen, die heute im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des früheren Staatsministers Lüdemann stattfanden, einigte sich das Schiedsgericht auf einen Schiedsspruch über die Gehälter der Angestellten in den städtischen Werken. Der Schiedsspruch geht dahin, daß für die Werksangestellten vom 1. 4. 21 ab die Sätze der Besoldungsordnung anzuwenden sind; soweit späterhin bei den Beamten günstigere Eingruppierungen erfolgen, soll dies auch bei den Werksangestellten geschehen. Diese Festlegung der Gehaltsätze für die Werksangestellten durch die Besoldungsordnung gilt bis zum 1. 4. 23. Wenn dieser Schiedsspruch von beiden Seiten angenommen wird ist eine einheitliche Regelung in der Besoldung für die Beamten und Angestellten der Werke erreicht.

Ein unmögliches Vorhaben

Gestern abend fand eine Besprechung zwischen dem Oberbürgermeister, dem Rammerey und den Führern der Stadtverordnetenfraktionen statt. Der Magistrat gab in dieser Sitzung die Absicht kund, die Erhöhung der Werkstarife mit sofortiger Gültigkeit ohne Befragen der Stadtverordnetenversammlung durchzuführen. Nur die Erhöhung der Werkstarife wollte er durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vornehmen lassen. Es ist selbstverständlich, daß der Vertreter der Unabhängigen Fraktion den entschiedensten Protest gegen ein solches, der Städteordnung direkt widersprechendes Vorhaben, erhoben hat. Wenn auch der Magistrat darauf hinweisen kann, daß jeder Tag der Mindereinnahmen aus den Werkstarifen ein Verlust für ihn ist, so geht es doch nicht an, ein Verfahren einzuschlagen, das die Grundzüge einer geordneten Gemeindefinanzwirtschaft, nämlich das Zusammenarbeiten zwischen Magistrat und den gewählten Vertretern der Bevölkerung, zerstören muß.

Die eine reaktionäre Masse

Bürgerblut in Berlin — Bürgerblut in den Bezirken!

Eine bürgerliche Korrespondenz meldet triumphierend: Der bürgerliche Zusammenschluß in den Bezirken macht weitere Fortschritte. Im Verwaltungsbezirk Reinickendorf hat sich eine bürgerliche Fraktion gebildet, die aus sämtlichen bezirklichen Stadtverordneten mit Ausnahme des einen dort gewählten Demokraten besteht. In Köpenick haben sich die auf Grund der Los von Berlin-Liste gewählten bezirklichen Stadtverordneten zu einer bürgerlichen Fraktion zusammengeschlossen. Zum Vorsitzenden wurde Buchdruckereibesitzer Louis Stein (Köpenick) gewählt. Gleiche Bestrebungen sind in den Bezirken Treptow, Weißensee, Panlow und Spandau zu verzeichnen.

Dieser Bewegung ist zu begrüßen, denn sie erleichtert der Arbeiterschaft die Erkenntnis, wo ihre Gegner sitzen und wo ihre Interessen vertreten werden. Freilich muß die nötige Gegenwirkung auf der Seite der Arbeiterparteien auch eintreten; in solchen Bezirken steht zu viel auf dem Spiel, als daß man sich den Luxus gegenseitiger Bekämpfung leisten könnte!

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Fick. Copyright 1921 by Greifstein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(21. Fortsetzung)

Sie beharrte bei ihrer Meinung: „Gewiß doch! Wir müssen unsere Machtlosigkeit nicht überblenden und dürfen uns nicht herabsehen. Die Suffragetten wollten das Wahlrecht und sie haben es schließlich erhalten, obgleich man sie anfangs ausgelacht hat. Ich habe oft an ihr Beispiel gedacht. Ich habe mich gefragt, ob das Leben unserer Männer und unserer Kinder nicht doch noch etwas wertvoller war als ein staatsbürgerliches Recht... Und was haben wir getan? Nichts. Ich finde, daß die Frauen der kriegsführenden Länder, in dem Zwang, sich mutig zu geben, feige waren. Ja, feige! Weil sie es sich gefallen ließen, daß man alles, was sie liebten, in den Tod trieb.“

Réal warf ein: „Aber, bestes Zulden, wir wurden angegriffen und mußten uns verteidigen.“

„Wir wurden angegriffen, natürlich... Aber vom Dezember an, als der Abnutzungskrieg mit den scheußlichen Dissenstiven begann, als so viele junge Menschen ihr Leben für nichts lassen mußten, hätten wir Frauen nicht in allen Ländern, nicht bloß bei uns, den Blutdurst bekämpfen müssen, statt ihn zu ermutigen? Und doch hat keine von uns auch nur einen Finger gerührt, um diesen Schlächtereien ein Ziel zu setzen. Im Gegenteil! Wie hitzig verfolgten wir die Rüstungsflüchtigen! Keiner sollte verschont werden! Und jetzt schäme ich mich meiner Haltung; ich mache mir Vorwürfe, weil ich untätig und heuchlerisch war.“

Alle widersprachen. Sie fuhr langsam fort, ohne auch nur die Stimme zu heben:

„Zweifello, heuchlerisch... Warum wollte ich meine Natur verleugnen? Ich habe immer Grauen vor Gewalttätigkeiten empfunden... Warum habe ich den Soldaten wild zugejubelt? Ach Gott! Warum haben nicht alle Frauen ihr Gewissen geprüft, solange es noch Zeit war? Wir haben doch solchen Einfluß auf die Männer. Wir hätten sie bestimmen können zu leben, anstatt daß wir sie in den Tod gehenkt haben. Der Krieg hätte dann höchstens ein paar Monate gedauert... Und ich hätte noch meinen Mann und mein Peterchen...“

Sie hatte diese Worte fast geflüstert. Ihre hellen Augen füllten sich mit Tränen. Réal ergriff ihre Hand:

„Liebste Julie, was willst du? Wie hätten sich einzig die Frauen in dem allgemeinen Weltwahn ihre Vernunft bewahren sollen?“

Sie erhob sich, um fortzugehen und wandte sich zu Frau Réal:

„Verzeih mir, Melanie, daß ich mich derart habe gehen lassen.“

„Aber, Liebe, dein Schmerz entschuldigt doch alles!“

Sie nahm rasch Abschied von den Besucherinnen und verließ den Salon.

Réal begleitete sie.

Nachdenklich kehrte er in sein Arbeitszimmer zurück.

Im ersten Augenblick hatten Julies Ansichten etwas Verlebensdes. Nur der schmerzbebedende Ton, die grausame Bitterkeit des Erlebnisses konnten sie erträglich machen.

Aber war nicht vieles zutreffend?

Die großen Veltereignisse sind von der Liebe abhängig.

Die Frauen leiten die meisten Männer nach ihrem Gutdünken. Um verführt zu können, will man angesehen sein.

Um Luxus spenden zu können, will man reich sein. Man arbeitet, man strengt sich an, man spinnst Ränke, man stiehlt, um zu erobern, um Günst zu erlangen.

Wer weiß? Statt die Kämpfer mit roten und schwarzen oder mit blau weiß roten Schleifen zu schmücken, statt sie mit Bändern zu bestücken wie das Vieh, das zur Schlachtkanal geführt wird, hätten die Frauen sie als Feiglinge ansprechen sollen, die es nicht wagen, sich gegen die Verdreher aufzunehmen, die sie gegeneinander behen; hätte man so nicht gar manches Regiment zum Jögern gebracht? Mit dem Tod spielen und bei der Rückkehr ein Gesicht finden, das sich ablehrt, eine Hand, die einen zurückstößt, das wäre zu arg gewesen... Niemand ist in diesem Punkte gleichgültig. Man hätte doch wenigstens nachgedacht...

Was haben die Frauen in Wirklichkeit getan? Sie liehen sich vom Duft des erhöhten Lederzeugs fiheln, von Uniformen und Orden heraufschauen. Die Weibchen gingen der Schauspielerei der Männchen auf den Leim. Man durfte in Frankreich nur im verschwiegensten Winkel weinen! Viele Frauen, und nicht die schlechtesten, gaben sich Urklaubern, Verbündeten hin...

Und trotz alledem; wenn alle Frauen erklärt hätten: „Mit einem Totschläger will ich nichts zu tun haben!“ hätte der Krieg nicht so lange gedauert.

Und wenn die Frauen, die doch in den Zentralstaaten, in Nordamerika, in England, Italien, Skandinavien Waise lerinnen geworden sind, ihren politischen Einfluß ausnützten, indem sie erklärten: „Künftig keine Kriege mehr!“ gäben sie nicht der Welt ein herrliches Beispiel von Voraussicht und Würde? Die Männer, die Kämpfer wagen es nicht, aus Furcht, feige zu erscheinen. Aber die Frauen?

11.

Die Rehrseite des Vorbeers.

Voonne und Réal arbeiteten, als das Hausmädchen eine Besuchskarte brachte:

Bernhard Lournier

von der Versicherungsgesellschaft „Die Sicherheit“.

Lournier? ... Réal dachte einen Augenblick nach.

„Ich habe an der Front einen Major dieses Namens gekannt, einen tapferen Mann. Das wird er wohl sein. Bitte, lassen sie ihn eintreten.“

In der Tat, es war der Major.

Réal begrüßte ihn mit ausgestreckten Händen und solcher Wärme, daß man auf dem Gesicht des Besuchers eine leichte Verlegenheit sah, von dem berühmten Manne so freundlich aufgenommen zu werden.

Man sah Herrn Lournier ohne weiteres den alten Soldaten an: edige Schultern, laubere, etwas abgetragene Kleidung, starker rotblonder Schnurrbart und natürlich die Fliege an der Unterlippe, diese Augenbrauen, dieses, gebürstetes Haar und im Gegenfah zu all dem Haargestrüpp porzellanblaue Augen, sehr milde, fast kindliche Augen.

„Grüß Gott, Herr Major! Was macht das alte Hunderts Nebemundachtzigste? Sie haben es verlassen?“

„Freilich, freilich.“

„Aber Sie pasten doch so gut zum Militärdienst?“

Der alte Offizier schüttelte den Kopf:

„Ja, früher wollte ich dabei bleiben. Ich wollte junge Menschen erziehen. Aber seit ich gesehen habe, für welchen Zweck man sie erzieht, habe ich die Freude an meinem Beruf verloren.“

„Und jetzt sind Sie Versicherungsagent?“

„Man lebt, so gut man kann. Ich bin zu Ihnen gekommen, um Sie zu fragen, ob Sie zufällig...“

„Aber ich störe Sie.“

(Fortsetzung folgt.)

Kommunale Bildungsarbeit

Ausfallender Volksabend im Bezirk Friedrichshain

Die Deputationen für Kunst- und Volksbildung, die bei den einzelnen Verwaltungsbezirken bestehen, haben die Aufgabe, für die Bevölkerung der Bezirke bildende Veranstaltungen zu treffen. Wo diese Deputationen mit Sozialisten besetzt sind und sich also bemühen, der arbeitenden Bevölkerung auf billigem Wege gute Kunst zugänglich zu machen, ist es selbstverständliche Pflicht der sozialistischen Arbeiterschaft, diese Bestrebungen durch energische Werbearbeit und zahlreichen Besuch kräftig zu unterstützen.

Die Möglichkeit zur Erfüllung dieser Pflicht bietet sich jetzt der Arbeiterbevölkerung des 5. Verwaltungsbezirks Friedrichshain. Am Sonnabend, den 26. November, findet abends 7 1/2 Uhr in der Aula des Andreas-Gymnasiums, Kopenstr. 16, ein musikalischer Volksabend statt. Es werden Vorträge für kleines Orchester, Einzelgesänge, Duette und Länze aus Opern und Offenbach, Joh. Strauß, Suppé, Lehar, Oscar Strauß und Leo Fall dargeboten werden. Mitwirkende sind Dr. Ernst Joki, Frau Sela Frau-Stöfänger, Prof. Zoor Karmann, Gertrud Wolf, Friedel Bener und Ruth Wolf.

Können unsere Parteigenossen durch rege Werbearbeit und zahlreichen Besuch zu einem guten Gelingen dieser Veranstaltung beitragen, damit zugleich für die bürgerlichen Gegner der Volksbildungsarbeit der Beweis geliefert wird, daß in der Arbeiterschaft ein starkes Bedürfnis nach künstlerischer Unterhaltung besteht.

Schöffenwahl

Ablehnung von Sozialisten!

Aus Stadtverordnetenkreisen wird uns geschrieben: Im Sonnabend trat im Moabit der Ausschuss für die Wahl von Schöffen und Geschworenen für das Amtsgericht Berlin-Schöneberg für das Geschäftsjahr 1922 zusammen. Trotzdem die Vertrauensmänner eben von den Bezirksversammlungen neu gewählt sind, befand sich unter ihnen nur ein Sozialist und zwar der Vertrauensmann des Bezirks 2.

Als nun dieser die ihm von allen drei sozialistischen Parteien anvertrauten Vorschläge machte, erhoben die Vertreter der Bourgeoisie auf Veranlassung des Stadtverordneten Schwarz (D. P. P.), des früheren Stadtverordneten-Vorsitzer-Stellvertreters, Einspruch. Genosse G. trat den Ausführungen der bürgerlichen Partei entgegen, so daß sie schließlich ihre eigenen neuen Vorschläge zurückzogen, um dann geschlossen gegen die Vorschläge der Sozialisten zu stimmen.

Selbst der aussichtsreiche Richter beteiligte sich nicht an dieser Entdeckung der Vertreter der arbeitenden Bevölkerung, erklärte vielmehr, es wären bisher mit den von sozialistischer Seite vorgeschlagenen Schöffen gute Erfahrungen gemacht worden.

So werden dem Proletariat selbst die geringen, zu seinen Gunsten durchgeführten Reformen gewaltsam entzogen, damit die bürgerliche Klassenjustiz ihre Arbeit ungehindert verrichten kann.

Wohlfahrter vor Gericht

Vor dem Wuchergericht des Landgerichts II sollte gestern ein dreifacher Prozeß beginnen, in welchem es sich um umfangreiche Brotarten- und Wohlfahrterhandlungen handelt, welche schon mehrfach der Gegenstand lebhafter Erörterungen in der Öffentlichkeit geworden waren. Die auf gewerdmäßigen Schleichhandel, Bestechung, Kartenzugabe, Fehler und Höchstpreisüberhebung lautende und vom Staatsanwaltschaftsrat Geny vertretene Anklage richtet sich gegen folgende Personen: Den Magistratssekretär Otto Gerzner aus Lichterfelde, die Bädermeister Joseph Tamm, Erich Ulrich, Franz Druschmann, Berthold Hundel, Albert Wolff, Gustav Ladeberg und Thomas Czjalla aus Lichterfelde, Charlottenburg und Hagenpark.

Es handelt sich um Wohlfahrterhandlungen allergrößten Stiles, welche i. J. von der vom Stadtrat Schilling geleiteten Berliner Ueberwachungsabteilung angefaßt worden waren. Es handelte sich um insgesamt 1.260.000 Brotarten und 250.000 Wohlfahrter, welche innerhalb von 2 1/2 Jahren von der Gemeinde Lichterfelde ihm, von dem dort tätigen Magistratssekretär Gerzner zu viel angefordert worden waren. Die Ermittlungen ergaben, daß der Angeklagte schon einmal verausgabte und zurückgegebene Brotarten nochmals an die mitangeklagten Bädermeister ausgegeben hatte, die 75 Pf. pro Stück dafür bezahlen mußten. Gerzner soll auf diese Weise Hunderttausende verdient haben.

Während bis zur Einleitung dieses Strafverfahrens niemand Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten Gerzner gehabt hatte, trat auch hier der übliche Fall ein, daß G. plötzlich nicht mehr zurechnungsfähig sein wollte. Vor Gericht stellte K. A. Baha den Antrag, Gerzner auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Das Gericht beschloß, den Gerichtsarzt, Geh. Medizinalrat Dr. Hoffmann, mit der Untersuchung zu beauftragen.

Vor den Augen seiner Braut erschossen

Zu dieser Kotis im gestrigen Abendblatt erfahren wir, daß der Revolverheld dem Werklicherheidsdienst der Siemens-Schubertwerke angehört. Diese Tatsache scheint durchaus die Ansicht der gesamten Belegschaft des Siemens-Konzerns zu bestätigen, daß der Werklicherheidsdienst zum großen Teil aus ganz ungeeigneten Elementen zusammengesetzt ist. Bei der Auswahl der Werklicherheidsdienst-Beamten kommt man mehr auf militärische Herkunft als auf Ehrlichkeit zu sehen. Es ist nicht der erste Werklicherheidsdienst-Beamte im Siemenskonzern, der mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt kommt.

Die Betriebsräte haben schon alle in Frage kommenden Instanzen darauf hingewiesen, daß früher oder später Zusammenstoß der Arbeiterschaft mit den Beamten des WSD., der vollkommen militärisch ausgezogen ist, zu befürchten sind. Unserer Ansicht nach hätten daher die Behörden alle Veranlassung, sich eingehend um die Vorgänge beim Werklicherheidsdienst im Siemens-Konzern zu kümmern.

Kommunale Kommissionen Groß-Berlin. Die Obleute sämtlicher Verwaltungsbezirke werden ersucht, zwecks Ausstellung von Bürgerdeputierten mit den Bezirksobleuten sowie den Bezirksleitungen Führung zu nehmen und die Adresse der vorgeschlagenen Kandidaten sofort an E. Grün, Reichenderger Straße 103, gelangen zu lassen. In Frage kommen: Deputation für Werke und Kohle, Güter und Forsten, Ernährungswesen, Allgemeine Wohlfahrt, Jugendwohlfahrt, Gesundheitswesen, Lohn und Tarife, Arbeit und Gewerbe, Hochbau, Tiefbau, Siedlungs- und Wohnungswesen, Verkehr, Schulwesen, Finanz und Steuern, Sparkasse, Anschaffungsamt, Feuerlöschwesen, Kunst und Bildung.

Neue Plünderungen im Zentrum der Stadt. Zu neuen Plünderungen kam es gestern nachmittag in der König- und den anliegenden Straßen. Nach einer Arbeitslosen-Versammlung in den Sophienböden war eine Anzahl Leute nach der Königstraße gezogen, wo sie ganz plötzlich mit Plünderungen von Geschäftsläden begannen. Es wurden verschiedene Schaufensterscheiben und Schaufenster eingeschlagen und geplündert. So wurde in der Konditorei von Gumpert in der Königstraße gewaltsam eingedrungen und aus den Auslagen sowie von dem Verkaufstisch an Kuchen, Torten und Gebäck alles weggenommen. Im nächsten Augenblick wurde dann durch das Schaufenster in das nebenan liegende Herrenartikellager von Kornblum eingedrungen, das gerade um diese Zeit geschlossen hatte. Hier räumte man das Schaufenster vollständig aus und drang auch in den Laden selbst ein. Nachdem noch einige andere Geschäfte in der Königstraße und in der Koenigsstraße besucht worden waren, zogen die Plünderer nach der Gertraudenstraße, wo sie alle Schaufensterscheiben des Konfektionshauses von Esders und Dackhoff zertrümmerten und die Auslagen raubten. Die meisten Geschäfte in den bedrohten Straßenzügen hatten, als die Rotten mit den Plünderungen begannen, die Rolläden hinabgelassen und die Türen mit Eisengitter gesichert. Selbst das Rathaus hatte alle Eingänge geschlossen. Die benachrichtigte Schutzpolizei kam mit Personen- und Lastkraftwagen und sperrte das ganze Viertel ab. Etwa zwanzig Plünderer wurden festgenommen. Sie waren zum Teil noch im Besitz von Kinder- und Herrenanzügen, Baumkuchen, Torten, Schuhen usw. Sie wurden zunächst zur Wache gebracht.

Gewerkschaftliches

Generalversammlung der Buchdrucker

Im vollbesetzten Saale der Neuen Welt gab Raffini am Montagabend den Bericht über die Verhandlungen mit den Berliner Prinzipalen über die Wirtschaftsbeihilfe für das graphische Gewerbe.

Die Verhandlungen fanden am Montag statt. Die Prinzipale vertriehen auf den Tarifauschuss, der am Mittwoch tagt, dessen Spruch sie sich unterwerfen würden.

Die Geschäftvertreter wiesen auf die ungeheure Verschwendung hin, die die Prinzipale beim letzten Zeitungstempfen trieben, wo sie Millionen opferten. Auf die Frage, ob die Prinzipale vielleicht andere Vorschläge haben, erklärten sie, überhaupt keine Beihilfen geben zu können. Angesichts der Situation forderte Raffini die Kollegen auf, von einer sofortigen Aktion abzusehen.

In der Diskussion schilderte Fiedler als Mitglied der Lohnkommission die einzelnen Phasen der Verhandlung. Angesichts der schwierigen Situation, in der sich jetzt die gesamte Arbeiterschaft befindet, ist es notwendig, von einer Einzelaktion abzusehen und die Einheitsfront der Arbeiterschaft zu stärken. Er legte der Generalversammlung folgende Resolution vor:

Die am 21. 11. 21 tagende Generalversammlung des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer hat von der ablehnenden Haltung der Prinzipale gegenüber der Forderung einer Wirtschaftsbeihilfe Kenntnis genommen. Die Berliner Kollegenchaft erklart in der Haltung der Prinzipale ein Stück des konzentrierten Kampfes, den das gesamte Unternehmertum gegen die aus der Not der Zeit geborenen Forderungen der Arbeiterschaft führt. In dem Bewußtsein, daß diese Haltung des Unternehmertums immer mehr zu dem entscheidenden Kampf zwischen Kapital und Arbeit führt, erwartet die Berliner Buchdrucker, daß der A. D. G. B. endlich dazu übergeht, den Kampf aufzunehmen und sich an die Spitze einer Bewegung zu stellen, die geeignet ist, der machtbesessenen Front des Unternehmertums die organisierte Macht der gesamten Arbeiterschaft entgegenzustellen.

Der größte Teil der Disussionsredner war mit dem Ergebnis nicht gerade zufrieden, mußte aber unter dem Zwang der Verhältnisse von einer Einzelaktion absehen.

Im Schlusswort betonte Raffini, daß wir heute den Kampf um Wirtschaftsbeihilfen nicht mehr einzeln führen können, sondern in Reih und Glied mit der gesamten organisierten Arbeiterschaft. Auch er empfahl die Resolution Fiedlers.

Die Abstimmung ergab dann auch ohne Ausnahme mit großer Majorität. Eine Resolution Wolf, die den Streik verlangte, verfiel der Ablehnung.

Der Zentralverband der Angestellten zur Angestelltenversicherung

Eine vom 3. bis 5. November in Rothenburg a. d. T. abgehaltene gemeinsame Sitzung von Beirat und Vorstand des Zentralverbandes der Angestellten beschäftigte sich mit den bevorstehenden Wahlen zu den Vertreterkörperschaften der Angestelltenversicherung sowie mit der Reform dieser Versicherung. Sie protestierte gegen die von den wirtschaftsrechtlichen Angestelltenverbänden verfaßte weitere Verschleppung dieser Wahlen und forderte alle Gewerkschaften und Ortsgruppen zur gründlichen Vorbereitung der nun endlich vom Reichsarbeitsministerium veranlasseten Neuwahlen auf.

In dem veröffentlichten Entwurf des Bureaus für Sozialpolitik über eine Verwaltungsgemeinschaft zwischen Angestellten- und Invalidenversicherung erblickt die Sitzung insofern einen nennenswerten Fortschritt, als durch sie den versicherten Angestellten jährlich viele Millionen Mark Verwaltungslosten erspart würden.

Die Konditoreibesitzer können sich durchaus noch nicht an die neue Zeit gewöhnen. Deshalb glauben noch so viele, sich ungeheuer über tarifliche Bestimmungen hinwegsetzen zu können. Aber was soll man dazu sagen, daß selbst die Leitung der Konditoren-Innung, welche noch am 3. November vor dem Schlichtungsausschuß einen Vergleich mit der Organisation abschloß, der Organisation mitteilte, daß auch ihre Mitgliederversammlung vom 11. November dem Vergleich zugestimmt hätte, in derselben Versammlung aber beschließen ließ, daß für das Statistisches Personal eine andere als die tarifliche Entlohnung stattfinden sollte? Nicht nur, daß sie erst ihre Preise gewaltig erhöht, nein, jetzt wollen sie überhaupt keinen Lohn zahlen, den soll das Bedienungspersonal von den Gästen einlösen. Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren hat sofort die notwendigen Schritte eingeleitet, um auch den Herren Konditoreibesitzern klarzumachen, daß auch sie sich an die tariflichen Bestimmungen zu halten haben. Die entzogenen Lohnsummen werden in den einzelnen Fällen eingelagert werden. Die Betriebsräte und Obleute des Bedienungspersonals werden

in einer am Donnerstag, den 24. November 1921, abends 8 Uhr, in den Rüstlerböden, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, stattfindenden Versammlung dazu Stellung nehmen. Die Konditoreibesitzer Nagusch, Kolonietstr. 3/4, und Gurgens (Hagemelster), Weißenseer, Berliner Allee 33, wollen ihrem Personal die Lohnhöhe von 2000 M. gewähren, wenn sie dem Gewerkschaftsverein (S. D.) der Bäcker und Konditoren beitreten.

Klavierarbeiter. Der Holzarbeiter-Verband teilt mit: Vom Reichsverband der Klavierindustrie ging uns am 19. ds. Mts. folgende Entschliessung zu: In der Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Klavierindustrie vom 18. d. Mts. wurde beschlossen, den Arbeitern und Arbeiterinnen, soweit sie am 18. 11. in den Betrieben seit mindestens dem 1. November 1921 beschäftigt sind, eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe zu gewähren und zwar: Für männliche Arbeiter über 20 Jahre 500 M., für weibliche Arbeiter über 20 Jahre 350 M. und für jugendliche Arbeiter unter 20 Jahren 200 M. Für Lehrlinge empfehlen wir, die gleiche Beihilfe wie den jugendlichen Arbeitern zu zahlen. Für Arbeiter, welche im Laufe des November eintreten, ist die Beihilfe nach der Zahl der geleisteten Arbeitstage zu berechnen und zwar: 20 M. für männliche Arbeiter, bezgl. 10.40 M. für weibliche und 8 M. für jugendliche Arbeiter. Die Beihilfe wird nur einmal ausbezahlt und ist später eintretenden Arbeitern nicht mehr zu gewähren. Arbeiter, die in mehreren Betrieben in Tätigkeit sind, (Bezieher), erhalten die Beihilfe anteilmäßig von ihren Arbeitgebern, nach Maßgabe ihrer Beschäftigungsdauer im November, ausbezahlt. Etwas auf die Wirtschaftsbeihilfe bereits geleisteten Abschlagszahlungen sind anzuziehen. Die Beihilfe ist baldmöglichst, spätestens aber am Lohnstag der laufenden Woche, ausbezahlen. Den Kollegen empfehlen wir, dafür zu sorgen, daß diese Zulage auch in allen Betrieben gezahlt wird, welche Mitglied des Reichsverbandes sind. Die Ortsverwaltung.

Die Verblindklärung des Schiedsspruches für Portiers und Hausreiniger ausgelegt. Der Oberpräsident als Demobilisierungskommissar für Groß-Berlin, hat den Antrag des Deutschen Portier-Verbandes, den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses verbindlich zu erklären, ausgesetzt. In der Begründung wird gesagt, daß der Oberpräsident sofort Verhandlungen mit dem Magistrat einleiten wird, ob die Hauswirte in die Lage versetzt werden können, die Lohnforderungen der Portiers und Hausreiniger soweit diese durch die derzeitigen Tarifverhältnisse begründet sind, gerecht werden können. Erneut wird die Gebuld der Portiers und Hausreiniger auf eine harte Probe gestellt. Sollte es in kürzester Frist nicht zu einer endgültigen Regelung kommen, so sind die in Frage kommenden Berufsangehörigen gewarnt, da nunmehr alle friedlichen Mittel erschöpft sind, ihre berechtigten Forderungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu erkämpfen. In der Hand der maßgebenden Behörden liegt es also, den Frieden für das Portiergewerbe zu erhalten.

Betriebsperrung. Die Firma Seile u. Kary, Gemische Fabrik (Schuhpuh), Hufelandstr. 11, hat die dort beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter ausgesperrt, weil dieselben den Tariflohn beanspruchen. Der Betrieb ist deshalb für Arbeiterinnen und Arbeiter gesperrt. — Vor Arbeitsaufnahme wird gewarnt. — Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Aufbaumonteur. Die Sitzung der Verhandlungskommission für Aufbaumonteur findet nicht am Dienstag vormittag 10 Uhr, sondern am selben Tage, nachmittags 3 Uhr, an bekannter Stelle statt. Die Ortsverwaltung.

Ein neuer Industrieverband in England. Durch eine Anzahl erfolgte Fusion zweier großer Gewerkschaften, der der englischen Seeleute und der der Schiffsangestellten (Kellner, Köche, Fleischer) wurde ein Industrieverband für die Schifffahrt ins Leben gerufen. Er heißt: Amalgamated Marine Workers Union (Vereinigte Schiffsarbeiterverband).

Die Arbeitslosigkeit in Italien. Nach amtlichen Feststellungen betrug die Gesamtzahl der Arbeitslosen am 1. Oktober 473.000, darunter 350.000 Männer. Im Verhältnis zum Monat September war die Arbeitsloseniffer an diesem Tage um 2000 gesunken. Ein Viertel der Arbeitslosen entfällt auf die Lombardei.

Jugendbewegung

Kgl. Landgericht Berlin. Abends 7 Uhr Sitzung, Schule Wilmersb., Ede Grenzstraße.

Parteiveranstaltungen

Dienstag, 22. November

Kgl. Landgericht Berlin. 1/8 Uhr Kommissionsitzung Schule Wilmersb., Ede Grenzstraße.

District Spandau. Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Neuen Schauspiel, Potsdamer Straße. Tagesordnung: Stellungnahme zum Parteitag. Kommissar: Genosse Dr. Weisfeld.

Mittwoch, 23. November

12. Verwaltungsbezirk (Tempelhof, Marienhorst, Marienfeld, Lichterfelde). Abends 7 Uhr engere Bezirksversammlung im Rathaus, Marienhorst, Zimmer 26.

Donnerstag, 24. November

Reichsverband der Arbeiter. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Aula des 1. Gemeindefaules, Fennelweg 11/12.

Vereinskalender

Dienstag, 22. November

Alle jugendlichen Reichsarbeiter der S. V. J. treffen sich um 7 Uhr im Jagdenheim, Breite Straße.

Königliche Kriegspolizei. Abends 8 1/2 Uhr in der Schulaula des Sophienböden, Hufelandstr. 11, Vortrag des Genossen Georg Käber über Vertretungen vor dem Militärverwaltungsgericht und Stellungnahmen einzelner Kampfzellen. Sämtliche Kampfzellen, Reichsarbeiter und Vertreter sowie Beihilfe vor dem Militärverwaltungsgericht sind verpflichtet, pünktlich zu erscheinen.

Mittwoch, 23. November

Transportarbeiter-Verband. Große Verwaltungssitzung. Abends 8 1/2 Uhr engere Vertrauensmännerversammlung bei Schwanke, Ede Jakobstr. 24. Zentralverband der Angestellten. Reichsarbeiterkongress. Abends 8 1/2 Uhr öffentliche Versammlung in der Viktoria-Gasse-Schule, Gohausstraße, Ede Ullrichstraße.

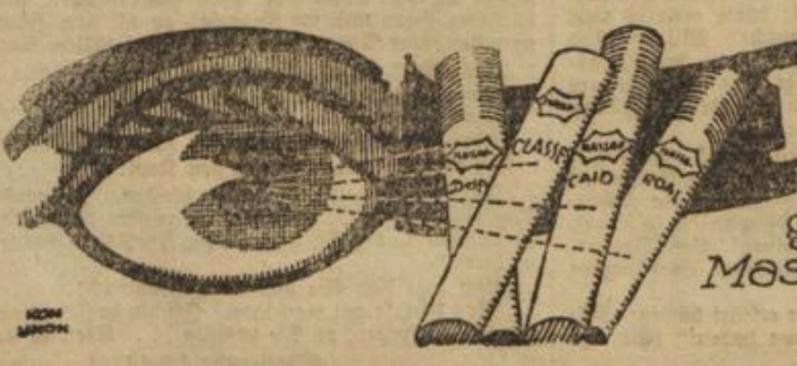
Arbeiter-Samariter-Kolonnen Groß-Berlin. Hermsdorf. In alle ehemaligen Kampfzellen usw. Abends 8 Uhr im Lokal Köpcke, Hermsdorf, Köpenicker, Verberstung zur Gründung einer Arbeiter-Samariter-Kolonne. Alle Genossen werden ersucht, sich zu dieser Sitzung einzufinden.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Handelsarbeiter aus allen Betrieben der Reichslande. Abends 7 Uhr Gruppenversammlung bei Witte, Fohler, 23. — Deutscher Reichsverband, Mitteilung Reichsverband, Reichsarbeiterkongress. Abends 7 Uhr wichtige Vertrauensmännerversammlung im Gemeindefaule, Saal 10. Wir erwarten, daß aus jeder Gruppe ein Vertrauensmann erwählt.

Freitag, 25. November

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Handelsarbeiter und Arbeiterinnen aus allen Betrieben der Reichslande, Schären, Unterred, Wehmannen und Tapfere-Verband. Abends 8 1/2 Uhr Gruppenversammlung bei Witte, Fohler, 23.

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: E. S. Weisfeld in Berlin-Prezidenten; für Kommunalpolitik, Polizei und Gewerkschaftliches: E. K. B. B. Berlin; für den Reichsverband und gewerkschaftliche Mitteilungen: E. S. Weisfeld in Berlin; für den Reichsverband und gewerkschaftliche Mitteilungen: E. S. Weisfeld in Berlin. — Druck der Berliner Druckerei S. M. & S. Berlin C. 2, Breite Straße 84.



Das sind sie

die guten **MASSARY-Ligarett**
Massary-Classe 50.8 Cald 60.8 Roal 70.8
Urteilen Sie selbst!